

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Sportreue zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 8.10,
pro Woche 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7108.

Volkswacht

Inserionsgebühr
beträgt für die fünfspaltige
Zeitspalte oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Versammlungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 42.

Breslau, Montag, den 18. Februar 1895.

VI. Jahrgang.

Das socialdemokratische „Paradies“.

Es giebt sonderbare Käuze auf der Welt. Und sonderbare Käuze giebt es unter unseren Segnern. Den ehrlichen natürlich, denn für unehrliche wäre ja der Name eines sonderbaren Kauzes eine mit aller Moral in Widerspruch stehende Rechtfertigung. „Gewiß ist nicht Alles, wie es sein soll, gewiß bin ich ein Freund von Reformen, welche der Arbeiterschaft ein menschenwürdiges Dasein zu geben geeignet sind; aber — die von euch vorgeschlagene Radikalcur der Gesellschaft durch die Abschaffung des Eigenthums an den Produktionsmitteln erscheint mir mehr als gewagt. Auch die socialdemokratische Gesellschaft wird kein Paradies sein.“ Dieses Argument gegen die Socialdemokratie ist typisch; es wird fast jedem in der Bewegung stehenden Genossen schon begegnet sein. Und man kann sagen, daß die Meisten, welche dieses Arguments sich bedienen, ehrlich das sagen, was sie glauben. Was aber ist es mit dieser eigenhümlichen Beweisführung? — „Thut Duße, denn das Himmelreich ist nahe herbeigekommen“, predigte Johannes der Täufer, der „Vorkäufer Jesu.“ Und dieses Himmelreich sollte ein Goetterreich auf Erden sein, ein Reich, in welchem alle Menschen in Frieden und Liebe bei einander wohnen würden. Und auf welches Ereigniß bezog sich die es Verkündigung des Sohnes? Auf die Ankunft des Messias. Und wer war dieser Messias? Jesus von Nazareth. Also mit der Ankunft des Messias sollte das neue Reich, das Reich Gottes auf Erden, das „Paradies auf Erden“ zur Wahrheit werden. Und die an Johannes Worte glaubten an diese Vision des Messias und sie glaubten an diese Vision auch dann, als er selber kam, Jesus, „des Menschen Sohn“, und als der Messias dem Haffe der Mächtigen und des von den Mächtigen (in Kirche und Staat; Herodes und Kaiphas) fanatisirten blinden Volkes zum Opfer fiel.

Jesus starb am Kreuz, aber seine Jünger glaubten an ihn. Sie zogen hinaus und predigten Jesu Lehre, und überall fanden sie Glaubige. Jesu Lehre hat die Kultur mächtig gefördert, aber wo ist das Goetterreich auf Erden geblieben? Es ist geblieben, wo es war, im Lande der Hoffnung der Glaubigen. Wer ist es, der den Glaubigen sich nicht von der Kirche und ihren Priestern einen Vorwurf aus ihrem Glauben und ihrer Agitation macht deshalb, weil ihre Hoffnungen heute noch, nach bald neunzehnhundert Jahren, der Erfüllung harren? Es ist ein Beispiel aus der

Geschichte und ich weiß recht gut, daß dieses Beispiel als Analogon nicht vollständig richtig ist. Das Goetterreich, daß die ersten Gläubigen der Lehre Jesu erhofften, war ein absolut vollkommenes, ein Reich, wo die Wölfe und Schafe friedlich nebeneinander lebten. Und es war ein Reich des Glaubens, des Glaubens an die Macht einer Idee, an die Macht der Brüderliebe. Welchem Verfechter der socialistischen Idee ist es aber je in den Sinn gekommen, eine auf den wirthschaftlichen und politischen Grundsätzen der Socialdemokratie errichtete Gesellschaft als eine absolut vollkommene zu betrachten? Und dann: ein wirklicher Socialdemokrat glaubt nicht daran, daß eine auf solchen Grundsätzen aufgebaute Gesellschaft die Menschheit körperlich, sittlich und geistig auf eine weit höhere Stufe zu heben im Stande ist, sondern er weiß dies. Es ist für ihn eine klare Erkenntniß. Denn wenn es zugegeben ist — und nur Menschen, welche sich den Thatsachen des heutigen öffentlichen Lebens verschließen, lassen es nicht gelten —, daß die oft festgestellte körperliche Degeneration der „Kulturvölker“ auf dem weichen, ausschweifenden, müßigen Leben einerseits und der körperlichen Anstrengung (auch der Frauen und Kinder) bei Mangel an Licht und Luft und Nahrung andererseits beruht; wenn es zugegeben wird, daß die stets wachsende Unsitlichkeit, das stets größer werdende Verbrechertum bei den „höheren“ Klassen auf eben diesem müßigen und weichen Leben („Müßiggang ist aller Laster Anfang“), bei den „niederen“ Klassen in den elenden Wohnungsverhältnissen, der traurigen Erziehung einerseits und der Existenzunsicherheit (ungenügender Lohn, Arbeitslosigkeit) andererseits beruht; wenn ferner zugegeben ist, daß die so viel besprochene Unbildung des „niederen Volkes“ aus dem Mangel an Erziehung und Bildung, aus der Unmöglichkeit, nach schwerer körperlicher Arbeit auch noch geistig thätig zu sein, entspringt; dann glaube ich nicht nur, sondern ich weiß es, daß eine Gesellschaftsordnung, welche in Folge ihrer Organisation weder Müßiggang noch Ueberanstrengung der körperlichen Kräfte, weder übertriebenen Luxus noch Mangel an Licht, Luft, Brot und Erziehung kennt, auf die Entwicklung des Menschengeschlechts in körperlicher, sittlicher und geistiger Hinsicht einen gewaltigen Einfluß haben muß. Und ferner glauben wir nicht, sondern wissen wir, daß alle diese Grundübel nur dadurch beseitigt werden können, daß die Grundwurzel derselben, der Privatbesitz der Produktionsmittel, hinweggeschafft wird. Ist diese Gewißheit nicht genügend, um zum Kampfe gegen die heutige Gesellschaftsordnung

für die Verwirklichung der socialdemokratischen Ideen zu gewinnen, nicht nur zu gewinnen, sondern zu begeistern? Brauchen wir, um uns für die Ziele der Socialdemokratie zu begeistern, eine andere Gewißheit als die, daß es unendlich viel besser werden wird, als es heute ist?

Brauchen wir den Glauben an ein Paradies auf Erden? Und wenn es Tausende von Enterbten und Entrechteten giebt, welche mit jener Gewißheit diesen Glauben verbinden, wer ist berechtigt, darüber zu spotten?

„In seinen Göttern malt sich der Mensch“, jagt Schiller, und wie die Götter das Spiegelbild des einzelnen menschlichen Gemüthes und Geistes sind, so ist das Paradies das Spiegelbild der einzelnen menschlichen Sehnsucht. Die Araber hofften in ihrem Paradies alle ihre Freuden (Wein, Frauen) zu finden, für die Germanen war dasselbe ein Ort, an dem die Helden alle ihre menschlichen Freuden, Kampf, Jagd und Zechgelage, in höchster Vollkommenheit wiederfanden. Für den Erfrierenden ist das Paradies eine wärmende Stube und für den Verhungerten ein Stücklein Brot. Für den Arbeiter ist die Gewißheit, die ihm die socialdemokratische Lehre giebt, das Paradies; er findet dort, was er in der heutigen Gesellschaft so bitter entbehrt: Brot, Freiheit, Bildung.

Daß aber auch eine socialdemokratische Gesellschaft nicht absolut vollkommen sein wird, wer möchte das bestreiten? Wer möchte glauben, daß mit der Verwirklichung der socialdemokratischen Ideen plötzlich alle Leidenschaften verschwinden müßten?

Ein Mensch ist blind und lahm und taub. Habt ihr, die ihr uns immer von der Unvollkommenheit auch einer socialistischen Gesellschaft sprecht, einen Begriffs von dem Unglück dieses Menschen? Wohl! denn, ein großer Arzt erkärt, daß er die Blindheit des Menschen durch eine Operation sicher heilen könne. Für die Lahmen keine aber und die tauben Ohren sei noch kein Kraut gewachsen. Wie, wenn dieser Arzt sagen würde: da ich den unglücklichen Menschen nicht vollständig gesund machen kann, so werde ich ihn auch nicht von seiner Blindheit heilen? Was würdet ihr zu diesem Arzte sagen?

Versteht ihr den Sinn dieses Gleichnisses? Ihr seid es, die ihr diesem Arzte gleicht. Und wenn ihr das Gleichniß nicht versteht, so werdet ihr sicher dieses begreifen:

Es war ein Mensch, der von einem Paradiese

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

Andree hat die graciöse Anordnung der Blumensträuße bemerkt, die sie auf ihre Füße malt. Andererseits ist es ihm auch leicht geworden zahlreiche Lücken in ihren Kenntnissen zu entdecken. Sie ist künstlicher mehr von Natur als durch Erziehung, und es ist ein Vergnügen für Andre, diese junge Seele bis in ihre Tiefen auszuwuscheln und die Saat der Ideen in ihr auszustreuen.

Er erzählt ihr von seinen Reisen, den Meisterwerken der Kunst, die er gesehen, den durch ihre landschaftliche Schönheit berühmten Orten, die er besucht. Er plaudert auch über literarische Dinge mit ihr. Johanna ist mit den socialistischen Schriften weit mehr vertraut, als mit denen der großen Dichter. Jedoch hat sie Werke von Victor Hugo gelesen, die sie wegen des männlichen Muthes liebt, daß ihr die Seele seiner Werke zu sein scheint. Sie kennt auch Romane von George Sand, die in ihren Augen von einer wahren Aureole von Güte umgeben ist, Bücher von Michelet, die sie gleichsam herauscht haben mit der aus ihnen sprechenden Liebe zum Volke. Sie beurtheilt die Schriftsteller und Dichter danach, ob sie Bräutigamspunkte mit ihren Ansichten bieten. Sie schätzt nur diejenigen, welche die Vertheidiger der Schwachen, Fechter

in dem Kampfe für eine gute Sache, Vorkämpfer der Befreiung und der Brüderlichkeit aller Menschen waren. Andree scherzte einmal darüber und sagte lachend zu ihr:

„Sie erinnern mich an meine Schwester, als sie noch klein war. Sie hatte damals eine Lieblingsfarbe und sagte immer: „Das ist hübe, das ist roth“.“

Er versucht es, ihren noch nicht ganz entwickelten Geschmack zu erweitern; es gelingt ihm auch bald, sie zu der Ansicht zu bringen, daß es nicht richtig ist, die Schriftsteller und Dichter der Vergangenheit nur vom Standpunkt der Gegenwart aus zu beurtheilen. Schwieriger wird es ihm, sie dahin zu bringen, daß sie bei zeitgenössischen Dichtern, die ihren Ideen feindlich gegenüberstehen, wenigstens das Talent anerkennt. Da mag er noch so schön reden, sie bleibt in einem Punkt stets unzugänglich. Man soll ihr nicht von den Virtuosen des Phrasen- und Reimgelingsels, von Dichtern, deren Sonette in der Form tabellos, aber inhaltlich leer sind, von gedankenarmen Versdrehkesslern sprechen! Sie kann nicht begreifen, wie man schreiben kann, um nichts zu sagen. Hier empört sich die Schülerin gegen den Lehrer und oft entspinnen sich zwischen Beiden endlose Diskussionen, in denen Johanna mit aller Energie, die ihrem Charakter eigenthümlich ist, ihre Unabhängigkeit wahr.

In diesem gegenseitigen Meinungsaustrausch vergehen die Stunden schnell und allmählich bildet sich so eine gewisse Vertraulichkeit zwischen den jungen Leuten. Leider wird Andree der Aufenthalt in dem gast-

lichen Heim der kleinen Familie nur zu oft durch zwei störende Elemente verleidet: das sind Frau Roguet und ihr Sohn.

Andree behauptete immer, daß die Alte sich gewaltige Mühe gegeben haben müsse, um so abstoßend und sauerköpfig zu werden, wie sie jetzt erschien. Er hatte ihre Lebensgeschichte hören wollen und Vater Deschamps hatte sie ihm erzählt. Frau Roguet, die in Wirklichkeit eigentlich noch immer Fräulein Roguet war, war in ihrer Jugend von einem reichen Industriellen, ihrem Arbeitgeber, verführt worden.

„Es scheint also, daß sie zu jener Zeit noch ganz liebenswürdig war,“ hatte Andree, als er dies hörte, mit Verwunderung gesagt. Sie hatte ein Kind gehabt, dann war sie verlassen worden, während ihr Verführer, wie es ja überall üblich, sich besonnen geachtet reich verheiratete. Das alles trug sich ganz weit ab, in der Provinz zu. Sie mußte ihre Heimath verlassen und nach Paris gehen, dem großen Zufluchtsort aller Desillusionirten. Sie hatte lange und hart mit der Noth kämpfen müssen. Das tiefste Elend hatte sie kennen gelernt. Dann wurde sie, nach ein einziger Anleitung erhalten, Correctorin in einer Druckerei. So war sie wenigstens im Stande, ihrem Sohne eine liebevolle Erziehung zu geben. Er war jetzt Factor in derselben Druckerei, für welche sie arbeitete. Todem hatte sie der bürgerlichen Gesellschaft, als deren Opfer sie sich betrachtete, noch immer nicht vergeben, was sie an ihr gethan.

Jetzt konnte Andree sich wenigstens das Spitzige,

träumte. Von einem Paradiese auf Erden. Ein prächtiger Palast, Pferde aller Rassen, Diener in goldgezierter Livree, ein Garten mit den schönsten Pflanzen aller Zonen und die besten Speisen und Getränke, die es auf Erden giebt, waren das Ziel seiner Sehnsucht. Er wünschte dies, weil er es nicht hatte; er war arm, mußte hungern und frieren. Da kam ein Mann, den die Armuth des Träumers erbarmte. Er wollte ihm helfen: ein wohlliches Haus, gute Kleidung und Nahrung sollte er fürder sein eigen nennen. Und der Träumer? Er schlug das Geschenk des freundlichen Mannes aus, weil dies Geschenk nicht seinen Träumen entsprach, und hungerte und froh weiter wie bisher.

Was werdet ihr zu diesem Träumer sagen? — Er war ein Narr?

Sarwohl, er war ein Narr!

Ihr aber, die Ihr mit der Phrase, daß eine auf unseren Grundgesetzen aufgebaute Gesellschaft kein Paradies sein werde, unsere Ideen und Bestrebungen bekämpft, sehet zu, daß nicht die Gegenwart und die Geschichte über Euch dasselbe Urtheil fällt, das ihr mit Recht über den armen Träumer gefällt habt.

Wir wissen, daß es keine Vollkommenheit giebt, aber wir kämpfen dafür, daß es besser und schöner und immer vollkommener werde!

Politische Bundschau.

— Eine neue Erklärung gegen die Umlage-Vorlage. In Gotha wird von dem Director Dr. Emminghaus, dem Pfarrer Karl Führ, Landgerichtsrath Rasch und dem Gymnasiallehrer Dr. A. Schmidt eine Petition an den Reichstag gegen die Umlage-Vorlage in Umlauf gesetzt. Die Unterzeichner erklären sich gegen die Vorlage aus folgenden Gründen:

„1. weil die zu treffenden strafbaren Handlungen zum Theil in sehr behnbaren Worten bezeichnet sind; 2. weil manche Strafanordnungen als überflüssig erscheinen, da die betreffenden Handlungen schon anderweitig im Strafgesetzbuch vorgelesen sind; 3. weil die Vorlage ohne genügenden Anlaß aus der gegenwärtigen Lage die Strafen häuft, während die Ausföhrungen zweifellos gegen früher nachgelassen haben, und ohnehin das Gefängniß kein Alheilmitel ist; 4. weil, was man auch über etwaige Süden im Strafgesetzbuch und etwaige Berechtigung zu Strafverschärfungen denken mag, die Einbringung dieser Vorlage als „Umlage-Vorlage“ gehässig, weil parteiisch, wirkt; und somit 5. die Vorlage die Gefahr mit sich bringt, nur gegen gewisse Klassen von Staatsbürgern angewandt zu werden, und so den Klassengegensatz verschärfen wird, während es die dringende sociale Aufgabe ist, ihn zu mildern: 6. weil sie nicht bloß die verwerflichen Ausschreitungen politischer Agitation, sondern auch das berechtigste in ihr trifft; 7. weil sie die von den unteren Klassen ausgehende Kritik unsere Zustände und Sitten hindert, dagegen die Sünden der höheren Klassen schon; 8. weil sie somit den schon sich ankündigenden Proceß innerer Annäherung der Parteien vernichtet, dagegen die Gefahr revolutionärer Gährung, ja anarchischen Treibens vermehrt;

9. weil sie auch die Freiheit der Wissenschaft und der Kunst bedroht und die Freiheit der öffentlichen Discussion überhaupt in einer weit über das Maß des Nothwendigen hinausgehenden Weise beschränkt; 10. weil weitere Strafbestimmungen zum Schutz von Religion, Monarchie, Familie, Ehe, Eigenthum unnöthig erscheinen, solche vielmehr jedem den Antrieb nehmen, selber für die bedrohten Ordnungen einzutreten; 11. weil wir insbesondere für die Religion im Interesse der Religion selbst keinen weiteren polizeilichen Schutz wünschen und durch die Einbeziehung des § 166 des Straf-Gesetzbuchs unter die Strafbestimmung gegen das „als erlaubt“ Darstellen von Vergehen nur den Nachtheil, den unsere protestantische Kirche gegenüber der katholischen ohnehin schon durch diesen § 166 erleidet, ungemessen vergrößert sehen.“

Die Unterzeichner erklären deshalb weiter, daß mit dieser Vorlage nur die Gefahr für die Freiheit wie für die Ordnung wachsen, während die Abstellung von Mißbräuchen und veralteten Schäden zurückgehalten würde. Die Einsage fällt:

„Wir aber glauben, daß eine gerechtere Vertheilung der Staatslasten, die aufrichtige Anerkennung der Gleichberechtigung aller Stände, und, um ein besonderes zu nennen, die durchgreifende Aenderung der Militärgerichtsbarkeit, unendlich fruchtbringender wirken würden, als alle neuen Strafparagrafen. Aus allen diesen Erwägungen bitten wir den hohen Reichstag, die Umlage-Vorlage abzulehnen.“

— Unser Staat und unsere Agrarier in französischer Beleuchtung. Im letzten Heft der wichtigsten volkswirtschaftlichen Zeitschrift Frankreichs, im „Journal des Economistes“ befindet sich ein Aufsatz über „die Agrarier und die Landwirtschaft in Deutschland.“ Da heißt es u. a., wo von den Forderungen unserer Junker an unsern Staat die Rede ist, vom Staate: „Der Staat, den man im Lande jenseits des Rheines noch mehr als in Frankreich verehrt, der Staat, dessen Namen die Universitätsprofessoren und Staatsbeamten nur mit Andacht und Ergebenheit aussprechen“, und von den deutschen Agrariern: „Die Junker, große Grundbesitzer, große Jäger, große Freier, große Verschwender, verlangen vom Staate, daß er ihnen behändige Sinnahmen garantiert und den Verkauf des Getreides zu einem erhöhten Preise sichert.“ Der Franzose hat ganz recht.

— Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus bringt die „L. Z.“ eine lehrreiche Schilderung von den Bemühungen, welchen sich die Herren „Volksvertreter“ dort unterziehen, um das Wohl — des Volkes zu fördern. Es heißt da:

Auf welcher geistigen Höhe die Herren stehen, die kraft des Mandats, das in intricater und offener Wahl des Dreiklassenstimmens ihnen erteilt hat, sich berufen fühlen, unter dem Schutze der preussischen Volksvertretung die Sonderinteressen der besitzenden Klassen zu vertreten, davon haben zahlreiche Erörterungen — man denke an die Verhandlungen über den Bergarbeiterlohn“, die Schulbäder-entwässerung, die Schulfragen und vieles andere — Zeugniß gegeben. Ein charakteristisches Zeichen der dort in der großen Mehrheit herrschenden Stimmung sind die Worte, mit

denen Herr v. Snyern, der Führer der Nationalliberalen — ein Hirte, würdig seiner Herde — sich über gewisse zahme socialpolitische Bestrebungen der Verwaltungsbörden lustig macht. Bei der Etatsberatung erwähnte dieser Staatsmann, daß der Finanzminister die Landräthe zu sparsamerer Wirtschaft aufgefordert habe und bemerkt dazu:

„Ich möchte den Herrn Finanzminister bitten, diese Mahnung auch an die Regierungspräsidenten innerhalb und außerhalb dieses Hauses zu richten. Es ist unglücklich, in welcher Weise die Regierungen fortgesetzt bei den Communen darauf hindrängen, jede einzelne Gemeinde zur besten Gemeinde der Welt zu machen. Das geht in Bezug auf Schulanforderungen, Schulbauten in einem ganz ungeheuren Maße, in Bezug auf Canalisation und alle möglichen anderen Einrichtungen so voran. Wenn irgend ein neuer Professor zu einer Regierung kommt, dann muß er das, was er bei Herrn Adolf Wagner und anderen gelernt hat, in die Praxis übersetzen und drausfallen die Gemeinde mit seinen Wohlthaten, Einrichtungen u. a. (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren, wir haben in Barmen, in welcher Stadt ich wohne, einmal das Vergnügen gehabt, ein Rescript der kgl. Regierung in Düsseldorf zu bekommen: es wäre doch sehr wünschenswerth und angezeigt, wenn für jede Elementarschule eine Badeanstalt errichtet würde (Weiter! rechts), damit die Kinder während der Schulferien Bäder nehmen könnten. Der Kostenpunkt war natürlich nicht angegeben. Wir machten uns das Vergnügen, die Sache zu berechnen. Es wäre das eine Ausgabe von ungefähr eine halbe Million Mark gewesen. Ich habe darauf in unserem Stadtrath die Ansicht kundgegeben, man möge doch gleichzeitig beantragen, jedem Kinde jeden Morgen ein Bieefsteak mit Ei zu präpariren; das würde für ihr Wohlfinden auch sehr angezeigt sein.“ (Weiter! rechts.)

Es ist kennzeichnend für diese Sorte von Volksvertretern: der Haß gegen jede Bethätigung der Reinerungsgewalt, die über die Förderung der Capitalinteressen und die Unterdrückung der Bestrebungen der Arbeiter hinausgeht, und der billige Spott über lobenswerthe Versuche, die Oberaufsicht zur Förderung des Wohles der Massen zu benutzen, die unter der herrschenden Strömung nicht viel Erfolg erwarten können. So bescheidene Forderungen, wie die der Schulbäder, fordern den Widerspruch des reichen Handelsherrn, dessen Clique die emsige Proletariatsstadt Barmen beherrscht, heraus. Und der Scherz des fatten Bauches über die hungernden Kinder, die wiederholte Heiterkeit der Sect trinkenden Collegen: sie zeigen die tiefe Frivolität, die an Stelle des „reinen Idealismus der Vergangenheit getreten ist.“

— Der Wahlkampf in Sachsen wird in diesem Jahre ein besonders heißer werden; im Herbst finden die Ergänzungswahlen statt und schon rüsten sich die Parteien. Unser Dresdener Bruderorgan erläßt einen Aufruf, in welchem es die Genossen zu energischem Vorgehen auffordert. In demselben befindet sich folgende bemerkenswerthe Stelle: „Reißt mit der Wahlkampf werden, sagen wir. Denn der Wahltag soll ein Machtag werden! Die arbeitende Bevölkerung will an diesem Tage, an dem einmal seine Stimme von Einfluß ist, sich rächen für alle die Mißthaten, welche „staats-erhaltende“ Abgeordnete des Landtages in der vorigen Session an ihm verbrochen haben, sich rächen für alle die Gewaltthätigkeit und Gemeinheit, mit der die Reaction gerade hier in Dresden in den letzten Zeiten gewüthet

Abstoßende ihres Charakters erklären. Er zwang sich sogar zur Achtung vor ihrem Muth, zum Mitleid für ihr Unglück. Aber trotz seiner Bemühungen, konnte er keine Sympathie für sie hegen und er mußte sich selbst genöthigen, daß Frau Roguet es sich angelegen sein ließ, ihn aus dem Wege zu gehen.

Nicht nur, daß sie die Bourgeoisie als Klasse verabscheute, sondern sie dehnte ihren Haß auf alle Bourgeois aus. Alle waren sie „Egrißen, Spitzbuben, Wühlunge, verfaul bis ins Mark! Welch ein Sammel, wenn sie Handt hatten, blutdürstig wie die Widder, wenn sie die Stärkeren waren, kurz, Feindlinge, hieselbe Michte, gerade gut genug, um sie anzuhängen!“ In Folge einer sonderbaren Hallucination glaubte Andre oft, wenn sie sprach, seinen Antl zu hören, wenn er gegen die Socialisten wüthete. Regrete es draußen in Straßen, dann jagte sie gewiß: „Es ist ein Narr, daß man keinen Bourgeois hinausjagen möchte.“

— Immer hatte sie giftige Pfeile gegen die Regierung abzuschießen. Eine merkwürdige Zahl der bedrückendsten Spottnamen zur Bezeichnung der verschiedenen Minister fand ihr zu Gebote. Es wurde ihr wunderbar leicht, ihren die schändlichsten Handlungen zumutren. Ueberall wüthete sie Spitz. Ihre Abneigung gegen jede Autorität war so groß, daß sie selbst hinter den friedlichen Polizisten die Faust ballte. Die Lectüre anregender Flugblätter steigerte nur noch ihre Erbitterung gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Bei

jeder Gelegenheit wiederholte sie, daß die Maschine nun bald in die Luft gehen würde. Von Tag zu Tag wartete sie auf den Moment, in dem es geschähe, auf die Straße hinaus zu steigen. Kein Haß, wenn nicht in der Gewalt war ihr Grundhaß. Die rothe Fahne sollte man entfallen und den Bourgeois den rothen Haß auf das Dach legen. Dann Deschamps jubte ihr oft klar zu machen, daß eine verfehlte Revolution einen Rückschlag bedeute und daß es eine Thorheit wäre, um nicht Blut zu vergießen. Dann beschuldigte sie ihn der Schwärze, er aber blieb bei seiner Ansicht stehen und wüthete, sie würde sich mit ihren Theorien noch einmal den Hals brechen.

Dennoch war Frau Roguet nicht ganz und gar Galle: zwei Weisen hatte sie von jungen Herzen, ihren Sohn und Henri. Henri war ihre Stiefkinder. Den Hund vernachte sie, weil er dem, den ihn geschlagen hat, die Hand noch leckt. Sie liebte ihre Katze, weil sie ein unabhängiges Thier war, das fragte, wenn man es belästigte. Henri, die mager und oft mürrisch war, entsprach ganz ihrem Ideal. Henri Deschamps behauptete allerdings, es genüge, Hupf auf der Straße anzupfeifen, um die revolutionären Gefühle seiner Herz mit einem Male zu befechtigen, weil sie fortan nur noch daran denken würde, Hupf wieder zu bekommen. Das Sigmund, ihren Sohn betrifft, so hatte sie ihn da, ein Tages ihr Rächer zu sein. Sie hatte ihn von Haß gegen die Bourgeois schon von der Muttermilk angeblüht. So bot der junge Mann in Folge ihrer Erziehung einen eigen-

thümlichen Contrast in seinem Wesen: Auf der Rednertribüne, in öffentlichen Versammlungen zeigte er sich als der wildeste Umlagekämpfer. Mit aller Kraft seiner berben Häufte schwang er dort die Präsidentenglocke. Immer war er für die weitgehendste Maßregel, für die kühnste Kundgebung; so kam es, daß er häufig mit der Polizisten aneinander geriet. Im gewöhnlichen Leben dagegen, besonders Frauen gegenüber zeigte er sich künstlich und schüchtern. Im Hause seiner Mutter benahm sich dieser Hercules nicht anders wie ein kleiner Junge. Obgleich seine Mutter in ihrem häuslichen Leben die Reinlichkeit als eine „Bourgeoisstugend“ achtete und ziemlich nachlässig behandelte, obgleich sie nichts darin fand, wenn Brotschnitten, Bürteln, Druckfahnen, Butter, Kämmen und alles mögliche Andere nicht einträchtig auf dem Tische herumtraben, wagte er sich niemals über dieses Durcheinander, das ihm gar nicht zusagte, zu beklagen. Er paßte sich in allen mit der größten Sanftmuth den Gewohnheiten so wohl wie der Ansichten seiner Mutter an. Er schien seinen Ehrgeiz darauf zu beschränken, ein lebendiges Werkzeug in ihrer Hand zu sein.

Sigmund kannte und liebte Johanna von Kindesheit an. Nur vier Jahre älter als sie, war er ihr Spielfamerad und manches Mal auch ihr Beschützer gewesen. Johanna, deren Körper zart und schwächlich, deren Wille aber um so stärker war, hatte sich daran gewöhnt, daß er sich von ihr leiten ließ.

(Fortsetzung folgt.)

hat. Ja, Arbeiter Dresdens, an jenem bevorstehenden Landtags-Wahltag habt Ihr Gelegenheit, Euern Bedrückern und Beschimpfern die rechte Antwort zu geben. Setzt sie hinaus aus dem Landesparlament, diese Conservativen und Kammerfortschrittler. Wählt wahre Vertreter Eurer wirtschaftlichen und politischen Interessen? Trefft schon jetzt Eure Vorbereitungen zu dieser Wahl!"

— Der Nothstand im ungarischen Tiefland nimmt immer größere Dimensionen an. In allen Städten und Gemeinden ziehen die Arbeiter sammt Frauen und Kindern vor die Stadthäuser und verlangen Brot und Arbeit. Diese Aufzüge, die sich täglich, ja in einzelnen Orten täglich mehrmals wiederholen, alarmiren die ganze Landarbeiterklasse des Tieflandes. Der Nothstand, hervorgerufen durch den kärglichen Verdienst im vergangenen Sommer und durch die überaus strenge und langdauernde Winterzeit, die jede Tagelohnarbeit verhindert, wird behörliche-seits nicht geleugnet. Einige Städte haben sofort einiges Geld zur Unterstützung der Nothständler flüssig gemacht und eine Conskription der bedürftigen Familien veranlaßt. Binnen drei Tagen wurden in Hodmezvárfelgy mehr als 3000 Familien zusammengeschrieben, die ohne Erwerb und Geldmittel sich im größten Elend befinden; dabei ist die Conskription noch immer im Zuge und dürfte nach Schätzung Einsichtiger 4000 - 5000 Familien d. i. nahezu 50 Procent der Bevölkerung, ergeben. — In ungarischen die Polizei eine groß angelegte staats-reiterische Action entfaltet. Es wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen und sämtliche vorgefundenen ungarischen Broschüren und Flugblätter confiscirt. Dieses brutale und willkürliche Amtshandeln der Polizeibehörde hat in der Bevölkerung große Erbitterung hervorgerufen und zur Folge gehabt, daß ungefähr 1300 Landarbeiter und gewerbliche Hilfsarbeiter sich vor dem Stadthause versammelten und stürmisch die Rückgabe der confiscirten Druckschriften verlangten. Der aufgebotenen Polizei und Gendarmerie ist es mit Mühe gelungen, die Massen zu zerstreuen. Diese Ereignisse, die sich in fast allen Orten wiederholen, sind traurige Vorboten noch traurigerer Geschehnisse. Es wird im Tieflande allgemein angenommen, daß, falls der behörliche Druck weiter fort dauert, der Nothstand nicht behoben und die Erwerbsverhältnisse nicht in kürzester Zeit gebessert werden, das Tiefland der Schauplatz solcher Revolution sein wird, wie man sie dort nicht gesehen; denn die Unzufriedenheit und Erbitterung der arbeitenden Bevölkerung ist kaum zu beschreiben. — Der große Proceß wegen der Landarbeiter Revolte vom April 1894 beginnt am 5. März. Der Proceß, in dem an 200 Zeugen verurtheilt werden, dürfte 14 Tage dauern. Als Verteidiger wird der bekannte Criminalist und radikale Parteigänger Dr. E. Pollak fungieren. Da der Ausnahmezustand, die polizeiliche Willkür und Brutalität, die Praktiken der Latifundien-Besitzer sowie die elende Lage der Landarbeiter und die Bestrebungen der Socialdemokratie zur Sprache gebracht

werden sollen, verspricht dieser Proceß ein Ereigniß allerersten Ranges zu werden.

— In Italien hat man mit großer Spannung auf den Ausfall der Mailänder Gemeinderathswahlen gesehen, deren Resultate wir schon kurz meldeten. Die „Frankf. Ptg.“ bringt nun folgenden ausführlichen Bericht über die Wahlen:

In Folge der Anwendung des Listenscrutiniums bei den städtischen Wahlen ist das Resultat der Gemeinderathswahlen erst heute bekannt geworden. Der Mailänder Stadtrath besteht aus 80 Mitgliedern. Nach dem Gesetz darf jeder Wähler aber nur 64 Namen auf seinem Zettel setzen, durch welche Vorschrift also mindestens 16 Mitglieder des Stadtraths der Minorität gesichert bleiben. Die Auszählung der abgegebenen Stimmen ist aber bei diesem System eine recht unheilvolle, und sie war es diesmal umsomehr durch die starke Wahltheiligung. Von 46,332 Wahlberechtigten haben 28,001 ihre Stimmen abgegeben. Das sind etwa 60 Procent, eine für hiesige Verhältnisse außerordentlich hohe Ziffer. Dem Ausfall dieser Wahlen ist in ganz Italien mit außergewöhnlichem Interesse entgegen gesehen worden. — Dieses gilt auch von der Regierung, die allerdings keine Freunde in der Lombardie hat. Mögen die Parteien sich clerikal, conservativ, liberal, demokratisch oder sonst wie immer nennen, regierungsfeindlich sind sie gegenwärtig alle. Das allgemeine Interesse an den Mailänder Wahlen erklärt sich daraus, daß sie zeigen sollten, welche Stimmungen in den breiteren Volksschichten zur Zeit die vorherrschenden sind, und insbesondere, welchen Einfluß die letzten ernsten Vorgänge in Italien auf die politische Denkweise der Massen gehabt haben. Mailand wird nicht mit Unrecht, wegen der Arbeitsamkeit und Intelligenz seiner Bevölkerung, der großartigen Entwicklung seiner Industrie und seines Handels, und dem Einflusse seines Reichthums, die moralische Hauptstadt genannt. Wie sich nun in diesem wichtigen Centrum das Parteilieben gestaltet, das hat überdies auch angesichts der bevorstehenden allgemeinen politischen Wahlen besonderes Interesse. Seit 35 Jahren, d. i. seit der Befreiung Mailands von der österreichischen Herrschaft, war das Mailänder Stadthaus ununterbrochen im Besitze der conservativen Partei, hier „Gemäßigte“ (Moderati) genannt. Seit der Ausdehnung des Stimmrechts jedoch auf alle des Lesens und Schreibens Kundigen, im Jahre 1882, bewarben sich energisch auch die Demokraten um die Herrschaft, und eine Fraktion derselben, die Republikaner, erreichte bei den Erbschaftswahlen im vorigen Jahre, daß eine erhebliche Anzahl ihrer Parteigenossen in den Stadtrath einzogen, in welchem sie dann im Vereine mit ihren demokratischen Kollegen den Liberalconservativen das Leben so sauer machten, daß Bürgermeister und Ausschuß ihre Demission gaben, und ein Regierungskommissär die Geschäfte bis zur Neuwahl übernehmen mußte. Um bei dieser letzteren nun das Stadthaus um so sicherer mit Sturm zu nehmen, und die Liberalconservativen viel-

leicht für immer aus demselben zu verjagen, versäubigten sich die Demokraten und Republikaner auf eine gemeinsame Liste, während die Socialisten ihre Hilfe versprochen für die ganze Liste mit Ausnahme von 8 Namen, die sie selber stellen wollten, und für welche sie jede Hilfe der von ihnen Begünstigten zurückwiesen, um so ihre eigenen Kräfte messen zu können. Dadurch sahen sich die Liberalconservativen gezwungen, ihre Zuflucht ebenfalls zu einem Bündnisse zu nehmen, und sie fanden dies im Zusammengehen mit den von ihnen bisher stets als „nemici della patria“, Reichsfeinde, würde man in Deutschland sagen, aufs Heftigste bekämpften Clerikalen. So fanden sich denn am Wahltag nur zwei große Gruppenparteien gegenüber. Das Resultat war in mehr als einer Beziehung überraschend. Etwa 9000 Clerikale und 5000 Liberalconservative bildeten eine knappe Mehrheit von 14 000 Stimmen gegenüber durchschnittlich 13,200 Stimmen der radikalen Vereinigung. Der Ansturm der Radikalen ist von den bisherigen Herren des Stadthauses für diesmal noch glücklich abgeschlagen. Mit der absoluten Majorität von 42 Mitgliedern ziehen sie wieder in dasselbe ein, während ihre Clerikalen Bundesgenossen, obgleich doppelt so stark in der Wählerzahl, sich mit 16 Vertretern begnügen müssen. Die Demokraten, welche über etwa 5000 Stimmen verfügten, brachten 20 ihrer Candidaten in den Stadtrath, und deren republikanische Bundesgenossen mit ca. 4000 Stimmen nur zwei. Bemerkenswerth ist das starke Anwachsen der Socialisten. Noch bei den Erbschaftswahlen im Juni 1894 zählten dieselben bloß 1800 Stimmen, während sie nunmehr auf ihre besonderen Candidaten 4200 bis 4400 vereinigten. Wie vorauszusehen war, gelangt aber keiner ihrer Vertreter in den Stadtrath. Die Tage der Herrschaft der conservativen Partei sind somit gezählt. Eine kleine Verschiebung von einigen hundert Stimmen hätte schon am Sonntag genügt, um die ganze republikanisch-demokratische Liste zum Siege zu bringen. In Anbetracht der bevorstehenden allgemeinen politischen Wahlen ist die Stellung der radikalen Parteien schon deshalb günstiger, weil bei diesen das päpstliche Verbot der Theilnahme an denselben in Bezug auf die Clerikalen in Anrechnung gebracht werden muß.

— Die französische landwirthschaftliche Gesellschaft faßte den Beschluß, die Regierung aufzufordern, mit den Staaten des lateinischen Münzbundes, mit England, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Deutschland zu verhandeln, um dem Silber seine frühere Rolle als internationales Zahlungsmittel wiederzugeben. — Lieutenant Canrobert, der Sohn des Lanzenknechts vom December 1851, hatte den radikalen Abgeordneten Hubbard, der die Thätigkeit seines Vaters in der Kammer kritisiert hatte, nach echter Lanzenknechtmanier zum Duell gefordert und schwer verletzt. Der Zustand Hubbards hat sich jetzt wesentlich verschlimmert; es hat sich eine Lungenentzündung eingestellt.

Wer hat die Brücke geschlagen?

Aus der Feder ihres Pariser Correspondenten erhielt die „Dreslauer Morgenzeitung“ ein Feuilleton, das sich mit der Aufführung von Sudermanns „Heimath“ in Paris beschäftigt. Wir finden darin einige Sätze, die dringend einer Richtigstellung bedürfen. Der Mann schreibt:

„Vom „Egmont“ abgesehen, der lediglich wegen der Beethoven'schen Musik vor fünf Jahren ein Duzendmal im Odeon aufgeführt wurde, ist seit Rogebue kein deutscher Dichter auf der französischen Schaubühne zum Worte gelangt. Allerdings war Gerhart Hauptmann der Vorkämpfer Sudermanns und der mächtige Eindruck, den „Die Weber“ erzielten, räumte diesem wenigstens die ersten Hindernisse aus dem Wege. Aber „Hannele“ sowohl als „Die Weber“ und „Einsame Menschen“ wurden gewissermaßen als literarische Experimente behandelt. Man gab diese Werke nur an drei Abenden auf einer Vereinsbühne, die bloß vor einem Häuflein Mitglieder und geladener Gäste spielte. Ein Erfolg an dieser Stätte war kein Sieg über das Vorurtheil und erhielt nicht die Sanction der Öffentlichkeit. Erst Sudermanns „Magda“ wird den Kampf mit dem großen Publikum aufnehmen und aller Voraussicht nach den Sieg glänzend erröchten. Seit einem Jahrhundert fand zwischen Frankreich und Deutschland kein Austausch auf dem Theater statt, nur eine Entlehnung des Aermern bei dem Reicheren. Sudermann bahnt diesen Austausch wieder an. Er schlägt eine neue Brücke von Volk zu Volk. Beschreitet er sie mit Erfolg, dann werden ihm gewiß gern seine

deutschen Genossen folgen, die einen Anspruch erheben dürfen, auch außerhalb ihrer Landesgrenzen gehört zu werden. Ein Stück chinesischer Mauer wird zusammenbrechen. Diese Errungenschaft darf nicht unterschätzt werden. Sie ist ein Ereigniß.“

Wie der Verfasser dieser Zeilen in einem anderen Artikel zu erkennen gab, ist er ein Freund Sudermanns. Das macht sein Bestreben, im Interesse des Verfassers der „Heimath“ und auf Kosten Gerhart Hauptmanns die Wahrheit zu verdrängen, zwar begreiflich, aber nicht verzeihlich. Der Ruhm, „eine neue Brücke von Volk zu Volk“ geschlagen, eine Culturthat von höchster Bedeutung vollbracht, ein Stück chinesische Mauer niedergeworfen zu haben, gebührt dem Genie Gerhart Hauptmanns, und gebührt der Socialdemokratie. Unsere Berliner Genossen waren es, die diesem Genie zuerst zum Wort verhalfen und ihm Anerkennung zollten, und unsere Pariser Genossen waren es, die trotz aller chauvinistischen Heterereien die Aufführung des großen Hungerleider-Dramas in der Seinestadt durchsetzten.

Diese Heterereien waren so arg, daß Herr Antoine, der Director des Theaters „théâtre libre“ (freie Bühne) den Dichter, nachdem er ihn kurz zuvor eingeladen hatte, dringend ersuchte, nicht nach Paris zu kommen, da der Deutschenhaß zu groß sei. Zahlreiche gebildete Franzosen hatten schon längst mit regem Interesse auf einige Erscheinungen der neuesten deutschen Literatur geblickt, aber ihre Furcht vor dem deutschfeindlichen Böbel und seiner Presse war so gewaltig, daß ein Einzelner es nie gewagt hätte, ein deutsches Drama auf die französische Bühne zu bringen.

Diese Culturthat wurde vollbracht von den Pariser Socialdemokraten; von ihnen unterstützt, durfte Director

Antoine das Wagniß der Weberaufführung unternehmen. Der Erfolg war großartig; alle Zuschauer wurden von der Macht und der Wahrheit der deutschen Kunstschöpfung überwältigt; die Kritik war voll des Lobes, und alle Franzosen, die mit Emantine der Meinung sind, daß die Kunst nicht durch Grenzpfähle gehemmt werden solle, athmeten erleichtert auf. Ein Bann war gebrochen worden, der wie ein Alp auf dem gebildeten Frankreich gelegen hatte, und die Aeußerung Emil Zolas, die „Weber“ seien ein Friedensdrama, war von tiefer Bedeutung.

Nachdem das Experiment gelungen war, durfte Director Antoine es leichtem Herzens wagen, noch andere Dramen Hauptmanns aufzuführen, und bald fand sein Beispiel Nachahmung. Theaterdirectoren aus der Provinz fanden die Courage, deutsche Stücke in ihr Repertoire aufzunehmen, und allmählich gewöhnten sich die Franzosen daran, deutschen Dichtern zu lauschen, ohne patriotische Krampfanfälle zu bekommen. Wäre Sarah Bernhardt auf den Einfall gekommen, mit ihrer Truppe die Sudermann'sche „Heimath“ aufzuführen, bevor die „Weber“ und andere Stücke Hauptmanns in Paris zur Anerkennung gelangten — sie wäre von den Deutschen:ressern gelyncht worden.

Wir haben vor Sudermann allen Respekt und wir reuen uns seiner Pariser Erfolgs, doch wir können nicht dulden, daß die Bourgeoisie ihrem derzeitigen Lieblingsdichter Verdienste zuschreibt, die ihm nicht zukommen. Er soll sich für die Vorbeeren, die er in Frankreich einheimst, bei seinem Freunde Gerhart Hauptmann und bei der internationalen Socialdemokratie bedanken.

Wie man uns behandelt — ohne Umsturzgesetz.

Genosse Karl Grünberg in Partha hatte am 11. d. M. eine 14tägige Gefängnisstrafe verbüßt, die er sich im Kampfe mit den herrschenden Parteien, also wegen eines politischen Vergehens, zugezogen hatte. Nach seiner Entlassung erhielt er eine Befreiung vom Stadtgemeinderathe in der ihm mitgeteilt wird, daß ihm infolge der verbüßten Freiheitsstrafe kein Stadtverordnetenmandat aberkannt worden sei. Der Gemeinderath war elf Jahre Mitglied dieser Körperschaft. Neu ist dieses Verfahren unserer Gegner nicht. Sie charakterisieren sich selbst durch solche Maßnahmen und offenbaren damit ihre völlige Unfähigkeit, der verhassten Sozialdemokratie beizukommen. Der gemeindliche Frieden ist dadurch natürlich nicht erhöht worden.

In der Socialistenhaus scheint Weisfallen die sächsischen Behörden schlagen zu wollen. Den Landesgesetzten wird nachgeholfen durch Administrativgewalt. Wenn z. B. Socialdemokraten zusammenkommen wollen, so kann die Polizei sie daran hindern auf Grund des § 6 d. der Bestimmungen d. s. Gesetzes über die Polizeiverwaltung, welcher lautet:

„Zu den Gegenständen der ortspolizeilichen Vorschriften gehören: . . . d) Ordnung und Gesetzmäßigkeit bei dem öffentlichen Zusammensein einer größeren Anzahl von Personen.“ Das läßt sich nicht nur auf Versammlungen, sondern auch auf ein Zusammenkommen von Socialdemokraten in einer Wirtschaft anwenden. Mühsam verfügt die Polizeibehörde von Unna:

Unna, den 2. Februar 1895. Infolge der socialdemokratischen Umtriebe, die Sie in Ihrer Wirtschaft geduldet haben, werden auf Grund des § 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 die Polizeivorschriften über die Innehaltung der Polizeistunde in verhärteter Weise in Anwendung gebracht, so daß Sie von jetzt an bis auf Verfügung Ihrer Schanklocal um 9 Uhr Abends geschlossen halten müssen und Getränke und Speisen nicht mehr darin verabfolgen dürfen. Zuwiderhandlungen werden auf Grund § 132 des Landesverwaltungs-Gesetzes vom 30. Juli 1883 bis zur Höhe von 60 Mark bestraft. Gegen diese Verfügung findet nach § 133 des erwähnten Landesverwaltungs-Gesetzes die Beschwerde im Aufsichtsweg innerhalb zwei Wochen statt. An den Sachwirth Herrn Adison, hier. Die Polizei-Verwaltung. ges. Eichholz.“

Es ist offenbar eine große Milde von der Unnaer Polizeiverwaltung, bemerkt hierzu unser Dortmundener Parteiorgan, wenn sie den Umtriebe-vollführenden Socialdemokraten nicht ganz das Zusammenkommen in öffentlichen Localen unmöglich macht durch völlige Unterjagung des Wirtschaftsbetriebes in Räumen, wo jene vernünftigen Menschen weilen. Wenn dies aber mit einer Concessionsentziehung ohne rechtfertigenden Grund gleichbedeutend wäre, so liege sich die Schankloca vielleicht auf ein paar Stunden beschränken, wo die Socialdemokraten bei der Arbeit sind und also nicht in der Wirtschaft zusammenkommen können, um durch „Umtriebe“ Ordnung und Gesetzmäßigkeit zu gefährden. Herr Adison hat einen Rechtsanwalt damit beauftragt, zugleich Beschwerde und Klage einzureichen. Wir nehmen an, daß er sein Recht bekommen wird. Ob er freilich dann nicht bereits wirtschaftlich ruinirt sein wird?

Parteiangelegenheiten.

Die Frauen zur proletarischen Bewegung heranzuziehen, war der Zweck einer Agitationsreise, welche Genossin Reichard durch Medlenburg-Schwernin auf Veranlassen des hiesigen Gewerkschaftscomités unternommen hatte. In der Zeit vom 20. bis 26. d. Mts. finden in Warnemünde, Rostock, Güstrow, Schwerin und Saage theils „geschlossene“, theils öffentliche Versammlungen statt. Die eigenartigen Verhältnisse Medlenburgs lassen es häufig zweckmäßig erscheinen, sogenannte geschlossene Versammlungen abzuhalten. Es werden in solchen Fällen Einladungskarten verschickt und findet eine Ueberwachung dieser Versammlungen nicht statt, allerdings haben dieselben auch nicht den agitativen Zweck wie die öffentlichen Versammlungen. Die Referentin sprach über „Den Werth der Organisation“, „Die Frauen und der Socialismus“ (letzteres Thema in geschlossener Versammlung). „Die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft in der modernen Organisationsform.“ — Der Besuch der Versammlungen war überall, selbst bis auf den kleinen Badeort Warnemünde, sehr gut, die Stimmung unter den Frauen eine vorzügliche. Die Besucherinnen der Versammlungen legten ein größeres Interesse an den Tag für die Ausführungen der Referentin, als man in dieser Gegend erwarten sollte. Das ist recht bezeichnend insofern, da bekanntlich in dem verfassungsmäßig durchgeführten ist sogar nach dem Mannern verboten ist sich mit Politik zu befassen. Es bedarf daher der ganzen Sorgfalt der Referentin, um mit den Polizeigewalten nicht in Conflict zu kommen, falls diese nicht gleich bei Beginn der Versammlungen diese aus ungenannten Gründen einfach auflösen. Medlenburg-Schwernin hat so gut wie gar keine Organisationsform. Die proletarischen Frauen sind dort meist in landwirthschaftlichen Betrieben beschäftigt als „Höfe-Arbeiterinnen“. Es ist noch ein Rest der Feudalwirtschaft, die Frauen werden oft einfach commandirt, für 30 Pfennig pro Tag bei der Heurathe u. s. m. zu helfen. Daneben sind es Kleinbetriebe gewerblicher Natur, in denen die Frauen um ein paar Pfennige arbeiten. Sind sie so glücklich, noch eine Kuh, ein paar Schafe u. zu besitzen, so schlaffen sie die Butter, die Eier, Schinzen u. zu Markt oder zum Flecken und verkaufen es dort, um für ihren eigenen Bedarf Suppe und amerikanisches Schmalz zu erhalten. Den dadurch erzielten geringen Ueberfluß an Geld müssen sie zum Einkauf von Kleidung, Bekleidung u. s. w. verwenden. Wenn unter solchen Verhältnissen in kleineren Orten wie Dobersan die Frauen anderthalb Stunden durch tiefen Schnee weiten müssen, um zum Versammlungsort zu kommen, die Versammlungen dann bei so dünnem Schnee Berücksichtigung noch so sehr beachtet sind, so ist das ein Uebermaß an Feudalismus. — In größeren Orten wie Güstrow besonders aber in Rostock, waren vorwiegend Frauen anzutreffen, dagegen in Schwerin nur wenig Frauen. Das letzte dürfte wohl auf die Männer zurückzuführen sein, die lieber

selbst die Versammlung besuchen, als ihre Frauen hingehen lassen. Der Umstand, daß es eine Gewerkschaftsversammlung war (wegen der oben geschilderten politischen Verhältnisse), mag freilich auch dazu beigetragen haben. Der Wunsch nach lebhafter Agitation wurde besonders von den Frauen durchweg in allen Orten geäußert. Im Ganzen kann also von unserer Seite eine volle Befriedigung über die Resultate ausgesprochen werden, obwohl wir nicht verkennen wollen, daß noch ein schwerer Stück Arbeit dort zu leisten ist.

Parteiressé. Eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins in Brandenburg, in welcher Genosse Buech aus Mühlhausen über die Thätigkeit des deutschen Reichstages sprach, nahm den Bericht des Genossen Ewald über den Stand des Partei-Organen entgegen. Dem Wahlverein sind aus dem Ueberschuß der Zeitung 500 Mk. überwiesen. Auf Antrag des Vorstandes wird beschlossen, dem Vertrauensmann 300 Mk. zu Parteizwecken zu überweisen mit dem Ersuchen, 100 Mk. an den Parteivorstand abzuführen.

Arbeiterbewegung.

Die Schneider der Firma Men in Pilsen dürften in den nächsten Tagen wegen Lohnforderungen in den Streik eintreten. Zugang ist deshalb fernzubalten.

Ueber die Reducirung in der Brüner Emaille-Industrie schreibt man der Wiener Arbeiter-Zeitung aus Brünn: In den unverrückbarsten Ausbeutern am Brüner Plage zählen die Emailleindustriellen. In der letzten Zeit haben sie wiederholt die Saundthone der Arbeiter reducirt. Daß ein solcher Vorgang zur Verhütung der Arbeiter nicht beiträgt, ist selbstverständlich. Die so niederrächtig Behandelten fangen nun an, sich zu empören und wollen nächstens in einer Reich-Versammlung zu der Reducirung der Löhne Stellung nehmen.

Der Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter vereinbarte im Monat Januar 1143,38 Mk. Die Einnahme der Druckerei betrug 301,51 Mk. und des Buchhandels 63,50 Mk. Die Umrüstungskasse rheinisch-westfälischer Bergleute hatte eine Einnahme von 46,40 Mk., während für die ausgeperrten Bergleute in Oberbleichen 82,71 Mark gesammelt wurden. Die direkten Einnahmen betrugen 2,88 Mark.

Soziale Uebersicht.

Sein Rothhand. Der Aufsichtsrath der Leipziger Wollmanufaktur beschloß die Vertheilung von 22 Procent Dividende nach den üblichen Abzugsrechnungen und einer solchen von 300,000 Mk. für Rückstellung. — Auch die Actionäre der Zuckerfabrik Pilsen in Weidenburg werden keinen Rothhand verspüren, denn sie erhielten für das vergangene Jahr 47 pCt. Dividende.

Die tolle Sand in Scherz. Nach einer neuerstatigten Zusammenstellung besitzen die Acker und Stille in Oesterreich an Grund und Boden einschließlich der beweglichen Güter insgesamt 60 Mill. Jk. und zwar in Niederösterreich über 27 Mill. Jk. in Oberösterreich 8 Mill., in Salzburg 3 Mill., in Steiermark 2 Mill., in Kärnten 2 Mill., in Tirol 4 Mill., in Böhmen 13 Mill., in Mähren 14 Mill., in Schlesien 3 Mill. und in Galizien 10 Mill. Jk. — Man sieht, die wirkliche Liebe macht's.

Rechnungslegung in der Schweiz. Der „Grüthamer“ macht die Anregung, der Schweizerische Arbeiterbund, der Grüthamer und die socialdemokratische Partei sollen gemeinschaftlich eine Enquete durch die Arbeiter selbst über die verschiedenen Arbeitsweisen, deren Bedingungen auf die Löhne u. s. w. veranstalten, um dadurch auf die Ermittelung des gezielten Rechnungslegunges hinzuwirken. — In der Schweiz ist bekanntlich der 11-jährige Maximalarbeitszeit bereits Gesetz.

Gerichtliches.

Der jüngere Socialistenproceß in Rom endete mit einer völligen Niederlage der Anklärer. Der Proceß gegen die Mitglieder des römischen socialistischen Arbeitervereins hat, obwohl die „S. Seg.“, so genannt, weil es jeder Anhänger der Genossenschaft und Arbeitervereine zu sein pflegt, Sammlische 30 Angeklagte hat angeklagt werden, weil gegen sie nichts anderes erwiesen werden konnte als die socialistische Uebersetzung und das offene Bekenntnis dazu. Der Staatsanwalt konnte sich darauf berufen, daß die socialistische Partei im Jahre 1894 eine ungesetzliche konnte, daß sie auf den Umfang der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ansehe, daß sie den Staatsoberhaupt und dem Reichspräsidenten verhöre. Er hatte nachgewiesen, daß die socialistischen Versammlungen unter das vorjährige Verbotgesetz fallen, das unmöglich allein gegen die Anführer der Arbeit gerichtet sein könne, sondern auch die Verbreitungen des Umsturzes meinen solle und er beantragte entsprechende Gefängnisstrafe gegen alle Angeklagten. Der Vertheidiger, Abgeordneter Bertolini, betonte in seiner Schlussrede und führt nachher Rede in der er die socialistische Idee vertheidigte, alle Behauptungen der Anklage. Der Socialismus ist ungesetzlich, aber er denkt nicht an Mord oder gewaltsamen Umsturz, sondern an eine Umwälzung, wie sie oft in der Geschichte begründet ist und ohne die veraltete, verrottete, unerbittliche Zustände nicht beseitigt werden könnten. Der Richter sprach erliche die Verbreitung der ungesetzlichen Idee gestriger Strafen; aber die Vertheidigung konnte in der That keine Socialisten nennen. Dem die ungesetzliche Verfolgung möge sie und die Anführer der Arbeit haben. Es ist viel und nachgelassen, denn die Umsturzgesetz der Gedanken in Worten schlagen zu wollen; der Staat werde die Socialisten nur leichter zusammenzutreiben und zur Bekämpfung ihrer Anforderungen werden, die auf der Welt des ganzen Menschengefühles gemacht sein. Der Staatsanwalt betonte auf Grund der Anklagen der Angeklagten, dass man bei ihrer öffentlichen Kundgebung und Uebersetzungstheorie glauben können müßte, daß sie irgend Verbrechen verüben haben wie denn die Polizeibeamten ihre frühere Aufgabe, in Versammlungen den Staat „das Verbot“ zu verurteilen zu haben, zurückzuführen müßten. Nach dreiwöchiger Verhandlung verurtheilte der Gerichtshof „wegen Mangel an Beweisen“ ein Verurtheiltes Urtheil.

Technik und Wissenschaft.

Hohe Kältegrade. Ueber die Einwirkungen hoher Kältegrade auf lebende Wesen hat Rudolf Pictet der bekannte Genfer Gelehrte, dem vor 17 Jahren die Veröffentlichung der letzten drei sogenannten unbezwinglichen Gase gelang, in neuester Zeit ausgedehnte Versuche angestellt, und nachdem sie zu einem gewissen vorläufigen Abschluß gediehen waren, in dem Genfer „Archives des sciences physiques et naturelles“ und in der Pariser „Revue scientifique“ Bericht erstattet. Besonders bemerkenswerth sind seine Beobachtungen an wechselwarmen (sogenannten kaltblütigen) Thieren, die die neuerdings namentlich von Kops zu Bonn in Zweifel gezogenen Ergebnisse Freyers und anderer früherer Forscher bestätigen. Bekanntlich tritt nach Freyer im Falle langsamer Abkühlung bei solchen Thieren, sobald ihr Inneres durch und durch gefroren ist — wovon man sich durch Zerbrechen einzelner Versuchsthier überzeugen kann — ein eigentümlicher, von ihm „Anabiose“ genannter Zustand der Lebensstarre ein, der kein Tod ist, weil er die Möglichkeit des Wiederauflebens einschließt, aber auch nicht mehr als Leben bezeichnet werden kann, weil es ihm in Folge des vorigen Zeitverdens aller Theile an der Bethätigung jeglicher Lebens-Ausprägung fehlt. Auch andere Einflüsse, wie Austrocknung (bei Käder- und Bärenthieren), vielleicht auch Hypnose (bei den indischen Fakiren, die sich lebendig begraben lassen) können einen solchen Zustand herbeiführen. Wie nun der französische Forscher Denis Vance bezüglich der Austrocknung, so hat Pictet bezüglich der Kälte die vorliegenden Beobachtungen und Behauptungen noch einmal geprüft und die Versuche erweitert; das Ergebnis ist hier wie dort eine glänzende Rechtfertigung der Auffassung Freyer's. Am erstaunlichsten waren Pictet's Ergebnisse bei der Anwendung sehr tiefer Kältegrade; so ließ er Käder- und Aufgüßthieren mit dem Wasser, in dem sie lebten, gefrieren, und kühlte das Ganze bis auf -60 Grad ab, ohne daß sie zu Grunde gingen, ja nach seinen Angaben kam eine Weinbergsschnecke mit dem Leben davon, die er mehrere Tage lang einer Kälte von -110 bis -120 Celsiusgraden ausgesetzt hatte. Affen konnten zwar nicht so viel vertragen, doch überlebten drei solche eine zweimalige Abkühlung bis auf -40 und -50 Grad. Als wieder etwas geringer erwies sich die Widerstandsfähigkeit wechselwarmer Wirbeltiere; und dennoch wurden auch hier Kältegrade erreicht, die jeden Zweifel an wirklichem Stillstande des Lebens ausschließen mußten. Fische mußten bis unter 20 Grad abgekühlt werden, damit die Lebensstarre in den Tod überging; nach längerer Einwirkung von -8 und -15 Grad und erfolgter Gegenprüfung durch Aufbrechen einzelner der gefrorenen Thiere schwammen die Schleihe und die Goldfische, an denen die Versuche angestellt wurden, wieder umher wie zuvor, wenn nur Abkühlung und Aufthauen mit genügender Vorsicht und Langsamkeit bewirkt wurden. Es bestätigten diese Versuche auch abermals die früheren gelegentlichen Beobachtungen Nordlandreisender, gegen deren Angaben in dieser Beziehung man sonst eher mißtrauisch sein könnte. Auch Frösche ließen sich bei Pictet's Versuchen noch ausnahmslos bis auf -28 Grad abkühlen, ohne zu Grunde zu gehen, wenn auch nicht viel tiefer; und selbst eine Blindmaische ertrug -25 Grad. Von einer „vita minima“, einer bloßen Herabsetzung der Lebensthätigkeit auf ein äußeres Maß, wie beim Winterschlaf der Säugethiere, kann bei solchen Kältegraden selbstverständlich keine Rede mehr sein, und so scheint es, daß der Tod in allen den erwähnten Fällen bei noch härterer Abkühlung nur in Folge physikalischer oder besser mechanischer Zustands-Veränderungen (Zerreißen der Gewebe) u. s. w. eintritt, die eine Herstellung des früheren feineren Körperaufbaues auch bei langsamem Aufthauen nicht mehr gestatten. Bemerkenswerth sind auch Pictet's Versuche an thierischen Eiern, die sich ja ohnedies im Zustande bloßer Lebens- und Entwicklungsfähigkeit befinden. Während Frösche, wie gesagt, nur knapp noch bis gegen 30 Kältegrade ertragen, entwickelten sich Froscheier noch nach mehrwöchiger (langsam) Abkühlung bis -60 Grad zu Quappen. Ähnliche Ergebnisse wurden mit Eiern des Seidenspinners erzielt. Pflanzenstämme und Pflanzensprossen, Spaltpilze und Spaltalgen (Diatomeen) aber erwiesen sich als unzerstörbar durch die erreichbaren Kältegrade; denn sie keimten und entwickelten sich weiter, nachdem Pictet sie in kälte Luft von fast 200 Grad getaucht hatte. Auch Pictet's Versuche an wärmeren (warmblütigen) Thieren hatten sehr bemerkenswerthe Ergebnisse. Erwähnt sei hier nur ein Versuch, der an einem Hunde angestellt wurde. Dieser bewachte, in einem gepolsterten Kältekasten einer Kälte von -92 Grad ausgesetzt. Über anderthalb Stunden sah seine volle Blutwärme; erst dann sank sie plötzlich und reich und der Tod erfolgte bald darauf. Einathmen konnten Hunde und Meerchinchiden sogar Luft von -100 bis -130 Grad, ohne geschädigt zu werden.

Vermischtes.

Berlin, 16. Febr. Die empfindliche Kälte, welche jetzt herrscht, hat in allen öffentlichen Gebäuden eine große Ueberfüllung veranlaßt. So findet z. B. nach dem Criminalgericht täglich ein wahrer Massenandrang statt. Der große Schwurgerichtssaal, welcher eine erhebliche Anzahl Zuhörer aufnimmt, kommt den Zuhörern sehr zu statten; leider aber finden die meisten Schwurgerichtssachen unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, und sobald der Saal geräumt wird, werden dann die kleineren Säle von den Obdachsuchenden überfüllt. Wiederholt haben die Vorsitzenden Veranlassung nehmen müssen, persönlich die Ueberfüllung zu unterjagen, da durch dieselbe die Verhandlung gestört würde.

Spandan, 17. Februar. Zum Geldfischfabl Die Untersuchung ergab, daß der Verhaftete Postsecretär Stedtfeld seine Kollegen fortgesetzt um Geldbeträge bestochen hat. Stedtfeld galt als schneidiger künftiger Beamter.

Verantwortlicher Redacteur: **E. Reutirch**; — Redaction: Neue Graupenstr. 56; — für den Inseratentheil: **G. Jahn**; — Expedition: Neue Graupenstr. 56; — Verlag von **E. Schatz & Co**; — Druck von **Th. Schatz**; — sammtlich in Breslau.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)
39. Sitzung vom 16. Februar, 1 Uhr.

Die gestern abgebrochene Beratung des Antrages v. Kardorff, die Währungsfrage betreffend, wird fortgesetzt.

Abg. Siegle (natl.) kann als überzeugter Anhänger der Goldwährung den Antrag nicht unterstützen. Gerade unserer bewährten Goldwährung verdanken wir zum nicht geringsten Theile unsere Handelserfolge im Auslande und es liege nicht das geringste Bedürfnis vor, unsere Währung zum Vortheil anderer Länder zu ändern, die uns um unsere guten Währungsverhältnisse beneiden. Deutschland würde nach Einführung der Doppelwährung mit minderwerthigem Silber überfluthet werden. Die Erfahrungen, die Nordamerika in dieser Hinsicht gemacht habe, sollten eine Warnung sein. (Beifall links.)

Abg. Leuschner (freiconf.) polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen der Abgeordneten Dr. Barth und Dr. Schoenlant. Es hat sich auch bei dieser Gelegenheit wieder einmal herausgestellt, daß die Socialdemokratie gar nicht für die Arbeiter sorgt. Nicht das Gold, das Silber ist das Geld des Arbeiters. (Beifall rechts.) Durch die Depression aller Geschäfte in Folge der Goldwährung wird die Arbeitslosigkeit zum Schaden der Arbeiter vermindert. Die Einführung des Silbers hat Tausende von Arbeitern, die in deutschen Silberbergwerken beschäftigt waren, arbeitslos gemacht. Nennen Sie das eine Vertretung der Arbeiterinteressen? (Lachen bei den Socialdemokraten. Bravo rechts.)

Abg. Richter (frei Volksp.): Das der Abg. Leuschner als Vertreter des Mansfelder Bergbaus sich für die Erhöhung des Silberpreises und sei es auf Kosten der Gesamtheit interessiert, kann weiter nicht befremden, dürfte aber für uns kein Grund sein, unsere bewährte Goldwährung aufzugeben. Der Abg. Graf Bismarck hat gestern alles durcheinander gewirbelt, Geld und Capital begrifflich verwechselt, Notengeld und Metallgeld vermischt, den niedrigen Zinssatz einmal als Unglück bezeichnet, einmal als Glück gepriesen. Ob man auch mit einer großen oder kleinen Elle mißt, steigert nicht den Werth des Tuches. Dann könnte man sagen: wenn die Preissteigerung nur eine scheinbare ist, dann fällt ja ein Grund gegen die Doppelwährung fort. Es ist aber zu beachten, daß der Uebergang von dem einen zum andern Münzsystem die schwersten Schäden und Ungerechtigkeiten mit sich bringen würde. Gerade die Arbeiter würden am schwersten während dieses Uebergangsstadiums leiden, weil ihre Löhne der allgemeinen Preissteigerung am langsamsten folgen würden. Ist aber das Uebergangsstadium vorbei, so haben auch die Landwirthe keinen Vortheil; sie erhalten zwar erhöhte Preise für ihre Producte, haben aber auch erhöhte Kosten. Die Zahl der Antragsteller erweckt den Schein, als sei im Reichstage eine bimetalistische Mehrheit vorhanden. Herr Lieber hat diesen Schein bereits zertrümmert. Welcher Ansicht er selber ist, hat er freilich nicht gesagt. Auch die Stellung der Regierung ist durchaus unklar. Allmählich werden wir daran gewöhnt, den Reichskanzler hier im Reichstage Erklärungen im Thronredenstil vorlesen zu hören. (Heiterkeit links.) Die Erklärung des Reichskanzlers spricht von der Nothwendigkeit eines Meinungsaustrausches zwischen den Regierungen über die Währungsfrage. Um aber Meinungen auszutauschen, muß man eigentlich doch eine Meinung haben! (Heiterkeit links.) Welcher Meinung Fürst Hohenlohe eigentlich ist, weiß man nicht. Die Haltung des Reichskanzlers ist auch hier wieder eine dilatorische, ausweichende. Durch eine freundliche Verbeugung gegen die Agrarier glaubt er über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Einen so lernbegierigen Reichskanzler wie diesen haben wir noch nicht gehabt. (Heiterkeit links.) Der vorliegende Antrag steht im engsten Zusammenhang mit der agrarischen Bewegung. Seine Unterschriften sind ein Album aller unserer Agrarier, der angefräkten und angesprengelten bis zu den emagirtesten. (Heiterkeit.) Mit Gefangen sind sie bei diesem Antrag, mitgehen werden sie beim Antrag Kanitz. (Große Heiterkeit links.) Aus Furcht vor der parlamentarischen Kritik kommen die Herren mit dem Antrag Kanitz nicht hervor, da muß der Bimetallismus als Zwischenactum dienen. Die Herren suchen die Meinung herborzurufen, als seien die gedrückten Preise die Wirkung staatlicher Einrichtungen und als könnten sie durch Parlamentsbeschlüsse in ihr Gegentheil verwandelt werden, während sie auf Welturfachen beruhen. Durch freundliche Verbeugungen sucht der Reichskanzler die Agrarier zu beschwichtigen. Aber das wird sich auf die Dauer rächen. Wenn auf alle diese Erklärungen nichts erfolgt, dann wird die Unzufriedenheit, die sich gegen das Reich richtet, gewaltig wachsen. Und diese Unzufriedenheit ist zehnmal so gefährlich, wie die socialdemokratische Agitation, sie schädigt zehnmal mehr die innere Sicherheit des Reiches, als sie durch die Umsturzvorlage geschädigt werden wird. (Bravo, links.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.) nimmt den Antrag gegen die Angriffe des Vorredners in Schutz. Der Antrag will die Salutariswirkungen beseitigen, die den internationalen Waarenaustausch so ungemein erschweren, und da ist es doch auffallend, daß gerade die Verfechter des unbeschränkten Freihandels und Verkehrs ihm solchen Widerstand entgegenzusetzen. Nicht bloß im Interesse der Landwirtschaft, auch im Interesse der Industrie ist eine Regelung der Währungsfrage nötig.

Schatzsecretär v. Posadowsky: Der Abg. Richter hat sehr zu Unrecht einen scharfen Angriff gegen den Reichskanzler gerichtet. Auch die Monometallicisten haben auf der vom Grafen Caprivi einberufenen Münzconferenz anerkannt, daß der sinkende Werth des Silbers ernsthafte Schwierigkeiten für unser wirtschaftliches Leben herbeiführt. (Hört! hört rechts.) Der nachtheilige Einfluß der Demonetisirung des Silbers auf unseren Export nach Silberländern kann gar nicht bestritten werden. (Sehr richtig rechts.) Nun wendet man ein, unser Export nach Silberländern ist so mini-

mal, daß er dem Gesamtinteresse gegenüber nicht in Betracht kommen dürfte. Man übersieht dabei nur eins. Der englische Export leidet durch den gesunkenen Silberpreis außerordentlich. Dadurch wird eine allgemeine Stagnation herbeigeführt, die zu einer latenten Rückwirkung auch auf den deutschen Export führt. Auch der heimische Silberbergbau erleidet schwere Verluste. Er beschäftigt eine große Anzahl Arbeiter und deren Existenz ist thatsächlich gefährdet. (Sehr richtig rechts.) Auch von den Monometallicisten wird zugegeben, daß der Umlauf unserer unterwerthigen Silbermünzen Mißstände mit sich führe. Der Thaler hat einen thatsächlichen Werth von 1 Mark 40 Pf. Daß dieser Umstand die Fälscher und Nachpräger anlocken muß, ist selbstverständlich. Die gesammte landbautreibende Bevölkerung glaubt nun einmal, die bestehende Goldwährung sei Schuld an den sinkenden Preisen. Und dieser Glaube wird von einer wachsenden Anzahl Industrieller getheilt. Erwägen Sie endlich, daß die große Majorität des Hauses den Wunsch ausspricht, die Regierung solle eine Münzconferenz einberufen, bloß um dort zu untersuchen, was be- rechtigt an den Angriffen gegen unsere Goldwährung ist und was nicht. Da wäre der Reichstag sehr verwundert gewesen, wenn der Reichskanzler erklärt hätte, unsere Währung sei vortreflich und er lehne die Einberufung der Conferenz ab. (Sehr wahr! rechts.) Da war es sehr angemessen, wenn der Reichskanzler erklärte, er wolle mit den verbündeten Regierungen erwägen, ob die Klagen und Bedenken, die gegen unsere Goldwährung laut werden, kräftig genug sind, um uns zu veranlassen, mit den Regierungen anderer Länder, in denen die gleichen Klagen laut werden, zu erwägen, was zu thun ist. Diese Erwägungen brauchen ja gar nicht zu einer Renonetisirung des Silbers zu führen. Jedenfalls ist es Pflicht der Regierung, in eine wohlwollende Prüfung der Frage einzutreten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ein Schlussantrag wird angenommen.
In seinem Schlusswort recapitulirt Abg. v. Kardorff (freiconf.) nochmals alle von den Bimetallicisten ins Feld geführten Gründe. Es sei nicht wunderbar, wenn die deutsche Socialdemokratie Anhängerin der Goldwährung sei. Sie lebt von der Unzufriedenheit und die Goldwährung schafft Unzufriedenheit. (Lachen links. Beifall rechts.) Fürst Hohenlohe werde bei seinem Vorgehen großen Widerstand zu besiegen haben, nicht den seiner Collegen, wohl aber den der Weheimärthe. (Beifall rechts.) Die Regierung müsse aber die Wünsche der Agrarier erfüllen, sonst gehe die feste Stütze von Thron und Altar, der deutsche Bauernstand zu Grunde. (Bravo! rechts.)

Schatzsecretär Graf Posadowsky nimmt die Weheimärthe gegen die Angriffe des Vorredners in Schutz. Die Minister machen die Politik und sind für sie verantwortlich, nicht aber die Beamten.

In der durch das Eingreifen des Reichsschatzsecretärs nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung wieder eröffneten Debatte erhält das Wort

Abg. Dr. Meyer (Halle frei. Vgg.): Eine internationale Vereinbarung sei gegenstandslos, für Deutschland komme es darauf an, die Aufsicht über seine Goldwährung in eigener Hand zu behalten. Herr Barth habe mit Recht vor der Bismarck gewarnt, falls die Conferenz resultatlos auseinandergehen müßte. Jeder Staat würde auf einen brauchbaren Vorschlag des andern warten, und das komme ihm so vor, als wenn sich eine Anzahl Leute, die keinen Pfennig Geld in der Tasche haben, zum Spieltisch setzen und jeder hoffe nun, daß er eine große Summe gewinnen werde. (Heiterkeit!) Auch Ideen können nicht aus dem Nichts. Vor Fälschungen könne man sich nicht schützen. Er sei schon mit einem Goldstücke betrogen worden, auch schon mit einem falschen Zweimarkstück und einem falschen Kassenschein (Große Heiterkeit!) und das werde anderen im Hause auch schon so gegangen sein. Er fürchte nicht einen Umsturz der Währung, dazu sei diese viel zu fest gefügt, aber er fürchte von solchen Anträgen eine fortgesetzte Beunruhigung, namentlich der Kreise, die sich nicht genauer damit beschäftigen könnten, und die Regierung würde sich das größte Verdienst erwerben, wenn sie dieser Beunruhigung entgegenzutreten wollte. (Beifall links.)

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag unter dem lauten Bravo der Rechten gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freimüthigen und des größten Theils der Nationalliberalen angenommen.

Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungscommission über die derselben überwiesene Resolution der Abgeordneten Adt und Gen.

Den Bericht erstattet Abg. Träger (fr. Sp.).

Wie erinnerlich wurde im Dezember v. J. gelegentlich der Discussion über den „Fall Liebkecht“ vom Reichstag folgende Resolution angenommen: „Die Commission für die Geschäftsordnung aufzufordern, unter Vorbehalt des Präsidenten des Reichstags alsbald den Entwurf einer Aenderung und Vervollständigung der Geschäftsordnung auszuarbeiten, durch welchen die Disciplinargewalt des Reichstages und des Präsidenten gegen die Reichstagsmitglieder während der Ausübung ihres Berufes in angemessener Weise verstärkt wird.“ — Die Commission hat, diesem Auftrage entsprechend, mehrere Sitzungen abgehalten, doch wurden die vom Präsidenten von Ledebow, wie auch von anderen Herren gestellten bezüglichen Vorschläge abgelehnt; ein dem Plenum zu unterbreitender Antrag ist nicht zu Stande gekommen.

Nunmehr haben sich zahlreiche Mitglieder des Centrums, der beiden conservativen Parteien und der Nationalliberalen zu folgendem Antrag (Roeren) vereinigt:

„Den § 60 der Geschäftsordnung wie folgt zu fassen: Die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen liegt dem Präsidenten ob.“

Wenn ein Mitglied die Ordnung verletzt, so wird es vom Präsidenten mit Nennung des Namens darauf zurückgewiesen.

Im Falle größlicher Verletzung der Ordnung kann das Mitglied durch den Präsidenten von

der Sitzung ausgeschlossen werden. Beistet dasselbe der Aufforderung des Präsidenten zum Verlassen des Saales keine Folge, so hat der Präsident in Gemäßheit des § 61 der Geschäftsordnung zu verfahren (d. h. die Sitzung aufzuheben). Wenn während der Dauer der Ausschließung in anderen als Geschäftsordnungsfragen eine Abstimmung erfolgt ist, bei welcher die Stimme des ausgeschlossenen Mitgliedes den Ausschlag hätte geben können, so muß die Abstimmung in der nächsten Sitzung wiederholt werden.

Das ausgeschlossene Mitglied ist berechtigt, spätestens am folgenden Tage schriftlich Einspruch zu erheben, auf welchen der Reichstag, jedoch nicht vor dem darauf folgenden Tage, ohne Discussion darüber entscheidet, ob der Ordnungsruf oder die Ausweisung gerechtfertigt war.“

Abg. Roeren (Centrum): Er habe in seinem Antrage nachträglich noch eine Aenderung angebracht; statt „ausgeschlossenes Mitglied“ solle es am Ende seines Antrags „zur Ordnung gerufenen Mitgliedes“ heißen. Die Frage sei über Gebühr aufgeschauelt worden, wohl wegen des Ausgangspunktes der Erörterung der Frage der Verschärfung der Geschäftsordnung. Seine Partei stehe auch heute auf dem Standpunkt, daß die Frage der Verschärfung der Disciplinargewalt nichts mit der Immunität der Abgeordneten, speziell mit dem Fall Liebkecht zu thun habe. Es sei eine reine Geschäftsordnungsfrage. Der Präsident habe mit der Uebernahme des Amtes die Verpflichtung der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Hause übernommen und das Haus habe ihm die Mittel zu bewilligen. Der Ordnungsruf sei genügend, wenn einmal ein Wort gebraucht werde, das parlamentarisch nicht ganz zulässig sei, es genüge aber nicht bloß bei größlicher Verletzung des einfachen Anstandes und bei directen Beschimpfungen. Hier zeige die Geschäftsordnung eine Lücke. Man habe nun die Frage eines verschärften Ordnungsrufes durch das Haus erwogen. Dagegen spreche aber die mögliche Beschlussumfähigkeit des Hauses in dem Augenblicke wo solch ein verstärkter Ordnungsruf nötig werde. Deshalb sei er zu seiner Anfrage gekommen. Er für seine Person könne die Bedenken nicht theilen, daß bei Stenitz des ausgeschlossenen Mitgliedes es zu störenden Scenen kommen werde und er bitte um einstimmige Annahme seines Antrags. Er wisse, daß dieser Antrag den Wünschen des Herrn Präsidenten entgegenkomme und daß es wohl im Hause Niemanden gäbe, der gegen einen Wunsch des Herrn Präsidenten widersprechen möchte, noch dazu in einer Frage, die ihn selbst betraf.

Abg. Singer (Soc.) Der Ursprung des Antrages liegt in dem Strafartikel des Berliner Staatsanwalts gegen den Abg. Liebkecht. So gern meine Partei sonst bereit ist, Wünschen des Präsidenten entgegenzukommen, diesem Antrag können wir nicht zustimmen. Die Presse hat diesmal ein feineres Verständniß für das, was der Würde des Reichstages entspricht, bewiesen, als der Reichstag selbst. Nicht der geringste Anlaß liegt vor, die Geschäftsordnung des Hauses abzuändern. Wenn etwas nötig ist, so ist es die Verstärkung des Schutzes der Abgeordneten gegen Beleidigungen vom Bundesratstische. Die französische Deputirtenkammer würde sich ein Aufreten, wie es dem Kriegsminister, Herrn Bronsart von Schellendorf, und dem Minister von Koeller gegen Reichstagsabgeordnete beliebte, auf das Entschiedenste verbieten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Man weist auf die schärfere Disciplinargewalt im englischen und französischen Parlament hin. Aber die englischen und französischen Abgeordneten haben auch weit mehr Rechte wie wir; sie besitzen Privilegien, die wir nicht besitzen. Unsere Rechte sind nicht größer, als die jedes anderen deutschen Staatsangehörigen. Hinter den Coulissen ist der jetzt vorliegende Compromissantrag festgesetzt worden. In den Jahren der preussischen Confliktzeit hatte das Bürgerthum noch Rückgrat und widerstand sich jeder Aenderung der Geschäftsordnung im preussischen Abgeordnetenhause. Und welche Sprache wurde dort geredet, ohne daß einer der Redner zur Ordnung gerufen wurde. Redner citirt Keuzerungen Zweifens, Waldeck, Schwerins, die das Ministerium Bismarck auf das Schärfste angriffen. Gneist konnte von dem „Painszeichen des Eidbruchs“ sprechen. So jagte zweifeln: „Die Ehre der Regierung ist nicht mehr die Ehre des Staates und des Landes.“ Und alle diese Ausführungen wurden durch keinen Ordnungsruf des Präsidenten unterbrochen. Sie mußten in der damaligen Situation gemacht werden, und es wäre eine Pflichtverletzung gegen das Volk gewesen, wenn die Männer, die dieser Ueberzeugung waren, diese Ueberzeugung nicht zum Ausdruck gebracht hätten aus Furcht, nach oben hin anzustoßen. Dieser Ansicht war damals das gesammte Bürgerthum; jetzt aber ist es verfallen! (Unruhe links.) Aber nicht nur in dieser Periode, auch in der parlamentarischen Periode der letzten zehn Jahre sind ähnliche Keuzerungen gefallen. Ich habe mir die Arbeit gemacht, unsere Verhandlungen daraufhin durchzusehen. So wirft z. B. 1884 Herr von Hellborn einem Mitglied des Centrums „Mangel an nationalem Gefühl“ vor. Abg. Sattler nennt die Keuzerungen eines Centrums-Abgeordneten „frivol“; Herr v. Kardorff findet, daß die Keuzerung eines Mitgliedes „unwürdig“ sei. Der Abgeordnete Dr. Windthorst würde, wenn wir das Glück hätten, ihn noch unter uns zu sehen, wahrscheinlich einer der Ersten sein, die aus der Sitzung verwiesen würden, wenn der Antrag seines Fraktionscollegen Roeren angenommen würde. Denn ich zweifle nicht, daß der Präsident den Ausdruck „erlogen“, den Windthorst auf die Keuzerung eines Abgeordneten einmal angewandt hat, als eine so größlicher Verletzung angesehen würde, daß er sich gezwungen sähe, von dieser Maßregel Gebrauch zu machen. (Hört! hört! links.) Herr v. Hellborn nennt die Keuzerungen eines Mitgliedes „roh und banal“; Herr von Gump sagt, ein Mitglied verlege in „freuler und frivoler“ Weise die Gemüthe der Andern. Herr von Hollaender nennt das Verhalten einer Commission des Hauses „gewalttham, ordnungswidrig, krankenlos, aus politischer Leidenschaft eingegeben.“ (Hört! hört! links.) Das solche Vorkommnisse die Beförderung eines brauchbaren Leute nicht verhindern, beweist Herr von Köler.

er noch Mitglied dieses Hauses war, erklärte er einmal, er und seine Freunde nur deswegen in der Wahlprüfungscommission sitzen, damit wenigstens einer oder einige darin sind, die dafür eintreten, daß nicht schließlich alles Recht mit Füßen getreten wird." (Heiterkeit). Herr von Köller ist heute preussischer Minister des Innern. Diese Beispiele mögen genügen. Es ist, was zeigen sie, falsch zu behaupten, in letzter Zeit seien Dinge passiert, die zu einer Verschärfung der Disziplinargewalt führen mußten. Nein, das ist es nicht. Der Geist, von dem die Unsturzvorlage besetzt ist, der Geist, der da will, daß draußen das freie Wort geknebelt werden soll, daß draußen im Volke jede Kritik aufgehört soll, dieser Geist beherrscht auch dieses Vorgehen. Auch hier soll sich die Entrüstung über solche Verhältnisse nicht mehr laut äußern dürfen. Der Antrag Koeren ist das Resultat gewisser Versammlungen hinter den Coulissen von Fraktion zu Fraktion. Die Verhandlungen, mit denen wir uns heute befassen müssen, sind recht beschämend für uns. Stunden und Tage sollen wir uns hier beschäftigen, um uns eine Schulknabendisziplin zu geben, für uns neue Strafen zu erfinden, über die wir doch eigentlich, seit wir aus der Schule sind, hinaus sein sollten. Wie ein Schuljunge soll hier ein Uebelthäter, der sich durch sein Temperament zu einem rasken Wort hat hinreißen lassen, aus der Sitzung hinausgewiesen werden, hat man denn gar kein Gefühl für Komik mehr? Die Witzblätter werden sich jeder derartigen Scene bemächtigen. Was soll denn geschehen, wenn der Sünder sich nicht fügt? Wer so verhält, ist, daß er sich aus einem Ordnungsruf des Herrn Präsidenten nichts macht, der wird sich auch weigern, den Saal zu verlassen. Dann ist der renitente Abgeordnete Sieger über den Reichstag, denn er zwingt dann die Präsidenten, die Sitzung aufzuheben. Nur die Würde des Hauses wird geschädigt, und das kann doch keiner von Ihnen wünschen. Und wo ist die Grenze für den Weg, den Sie heute betreten wollen? Einem Theil des Hauses wäre es vielleicht heute schon lieb, zu beschließen, daß die Leute, um die es sich handelt, auf Wochen aus dem Reichstag hinausgewiesen werden. (Sehr richtig! b. d. Sociald.) Wir haben ja schon einen solchen Antrag. Nur der erste Schritt ist noch etwas. Sie werden auf der abschüssigen Bahn immer weiter herabgleiten. Da heißt es: principius obsta. Aehnlich wie die Unsturzvorlage, die sich ja auch auf alle Parteien erstrecken soll, richtet sich auch dieser Antrag hauptsächlich gegen die Socialdemokratie. Sie werden kaum erwarten, daß wir dafür stimmen werden. Ich bitte Sie nicht um Ablehnung des Antrages, Sie nehmen ihn ja doch an. Aber sagen muß ich: Der Würde des Reichstages, die Sie schützen wollen, leisten Sie damit keinen Dienst! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Weissenburgischer Staatsminister v. Dersow: Die fremden Parlamente würden mir leid thun, denn es an Mannern fehlt, die ihre Rechte und die Rechte ihrer Monarchen energisch verteidigen. Das möchte ich Herrn Singer erwidern. Ich brauche nicht die Immunität, die Sie schütz. Ich brauche sie nicht mehr, als ich vor meinen Monarchen und vor meinem Gewissen verantworten kann (Bravo rechts).

Abg. v. Lewezow (cons.). (Das Präsidium hat Frhr. v. Buol übernommen.) Auf die Rede des Herrn Abg. Singer will ich nur in einem Punkte eingehen. Er behauptete, der Antrag sei durch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen den Abg. Diekmann veranlaßt worden. Das muß ich, soweit ich betheiligt bin, entschieden in Abrede stellen. Sofort nach der ersten Sitzung berief ich mich mit meinen Collegen im Präsidium und mit Mitgliedern aller Parteien, was zu thun sei, um das Haus vor solchen Verlegungen der Ordnung zu schützen. Bevor ich von dem Antrag des Staatsanwalts etwas wußte, ist die Regulierung der Angelegenheit von mir ins Auge gefaßt worden. Wäre nicht von anderer Seite hier im Hause die Sache angeregt worden, so wären wir selber mit einem Antrage gekommen. Ich bitte Sie, dem Antrage des Abg. Koeren zuzustimmen. In der Hauptsache hinter er das, was notwendig ist. Er hat den großen Vorzug, daß er eine Rüge a tempore zuläßt. Er erlaubt dem Störer der Ordnung nicht, den Reichstag an der Fortsetzung seiner Geschäfte zu hindern. Die Annahme des Antrages des Abg. Koeren würde mit der Ermüdung enden, ob zwischen meiner Auffassung und der Auffassung der Majorität solche Differenzen bestehen. Die mich zu einem Vergleiche auf meinen Seiten nöthigen. Mir liegt nichts daran, als die alte Art des Reichstages zu beschützen. Rechts aber kann nur behauptet, wo man freiwillig Selbsterziehung anstrebt. (Bravo rechts.) Wenn man das Bestreben der Immunität beibehalten will, muß man den Mißbrauch der Immunität vermeiden. (Bravo rechts!) Das gilt für alle Parteien des Hauses. — Ich habe auch auf Mühe genommen die überhand nehmende Beschäftigungsfähigkeit des Reichstages zu beschneiden. Ich könnte Ihnen mit unzähligen Zahlen darüber kommen, in wie viel Sitzungen nur in der vorigen Session überhaupt beschlußfähig waren. Ich will diese Zahlen aber lieber für mich behalten. (Heiterkeit.) Leider ist mein Antrag die Beschäftigungsfähigkeit in rein präsidialen Angelegenheiten des Reichstages herabzusetzen, abgelehnt worden. Richtig wäre dieser Antrag für den ganzen Reichstag gewesen. Nicht die leeren Bänke an sich sind bedenklich, sondern die Thatsache, daß der Reichstag so häufig in nicht actionsfähigen, inactiven, man könnte sagen, in nicht legalen Zustände liegt. Das muß geändert werden. Vielleicht kommt man auf meinen Antrag noch zurück. Für jetzt will ich mich in Geduld setzen, wenn Sie für den Antrag Koeren stimmen. Sie leisten damit dem Reichstag und also auch dem Vaterlande einen großen Dienst. (Sehr großer Beifall.)

Abg. Fleischel (nat.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Singer. Der Antrag will nicht die Reichsversammlung beschneiden. Nur Verletzungen der Würde des Hauses sollen geändert werden. Er wird nicht wirksam sein: die Sessionen werden sich hoffentlich schon selbstständig regeln. Die Vorlage, die der Antrag vorschlägt, blöde auf dem Papier. Abg. Singer hat gefragt, wo die Sprache ist. Die Sprache liegt im Unabwägbarkeit des ganzen Hauses. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Langemann (frei. Volksp.). Kennen wir nicht schon, daß Herr von Dersow gewissermaßen die Gegenfrage gestellt hat. Wir haben, wie alle anderen Parteien behaupten, keineswegs Vorwissen zu ihm. Aber dieses Vorwissen hat nicht verhindert, einen Schritt mitzumachen, dessen Konsequenzen sich erst unter einem andern Präsidenten zeigen

stellen würden. Wir vertreten das freie Bürgerthum und erklären Namens desselben, daß wir dem Antrag Koeren nicht zustimmen werden. Es liegt kein Anlaß zu ihm vor. Es wäre richtiger gewesen, das Nichtaufstehen der Socialdemokraten beim Hoch auf den Kaiser ganz zu ignoriren. Nach unserer Auffassung reicht die Disziplinargewalt, die dem Präsidenten nach der gegenwärtigen Geschäftsordnung zusteht, vollkommen aus.

Abg. Bebel (Soc.) bedauert, daß der Präsident von Dersow die Cabinetsfrage gestellt, wozu gar keine Veranlassung vorgelegen habe. Die Begründung des Antrages sei nicht stichhaltig, denn der Ton im Reichstage sei durchaus nicht schlechter geworden. Der Präsident erschöpfe ja jetzt nicht einmal die ihm schon zustehenden Nachmittel. Die Entziehung des Wortes sei seit dem Bestehen des Reichstages so viel er wisse, erst einmal ausgesprochen worden im Jahre 1872 und habe ihn selbst betroffen. (Heiterkeit!) Er habe sich damals bei diesem Entschiede des Präsidenten nicht beruhigt und die Sache vor die Geschäftsordnungscommission gebracht. Die Commission habe ihm recht gegeben und Präsident Simson habe in Folge dessen sein Amt niedergelegt. Der heutige Antrag richte sich gegen die Socialdemokratie und zwar gegen diejenigen Mitglieder, die es noch einmal wagen sollten, bei einem Hoch auf den Kaiser sitzen zu bleiben. Er stelle also einen Angriff auf die freie Meinungsäußerung des Abgeordneten dar, dagegen wolle er schon heute protestiren. Redner führt des Weiteren aus, daß im Abgeordnetenhaus von Zweiten und Freie viel schärfere Reden gehalten worden sind, als sie je im Reichstage vorgekommen seien. Dabei sei vom Präsidenten weder ein Wort des Tadelns noch des Vorwurfs gefallen. Nur einmal habe der Präsident das Wort „Insamir“ einem Minister gegenüber als ungebührlich bezeichnet. Das entspreche auch dem Grundsatze der Immunität, die es dem Abgeordneten ermöglichen soll, im Hause etwas Irrathes zu sagen, was außerhalb des Hauses verfolgt werden würde. Er habe aber gerade im Reichstage schon Ordnungsrufe erhalten, wegen Äußerungen, die er in jeder Volksversammlung hätte thun dürfen, ohne daß sich Polizei oder Gerichte einmischen könnten. Er wolle hier, ohne dem Präsidenten zu nahe zu treten — es gäbe schließlich einen besseren Präsidenten — doch darauf hinweisen, daß er, als er von der deutschen Bedientennatur sprach, wegen Beleidigung der deutschen Nation zur Ordnung gerufen worden. Er sei der Ansicht, daß der Präsident gar nicht zu entscheiden habe, ob die Nation beleidigt sei oder nicht. (Widerbruch rechts, sehr richtig! links.) Darüber werde die Nation, darüber würden keine Wähler richten. (Oho rechts.) Im belgischen, französischen, ja im österreichischen Parlament seien viel angeregtere Verhandlungen üblich, ohne daß sie solche Folgen wie dieser Antrag gehabt hätten. Auf der rechten Seite werde vielleicht am meisten gegen den guten Ton geklagt. Zum Beispiel das geübte Verhalten der Reden dem Abg. Schoenland gegenüber entspreche auch nicht dem, was er Anstand nehme. Seine Partei belege den Antrag Koeren und werde gegen ihn stimmen. (Beifall links.)

Präsident v. Lewezow erklärt, es thue ihm auch heute noch leid, den Abg. Bebel wegen des Ausdrucks „deutsche Bedientennatur“ zur Ordnung gerufen zu haben. Der Ausdruck stelle eine schwere Beleidigung der deutschen Nation dar. (Beifall rechts.)

Ein Schlussantrag wird angenommen. Der Antrag Koeren wird ebenfalls angenommen. Dagegen stimmen nur die Socialdemokraten, Jüdische und irische Volkspartei. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Geschäftsordnung. Sitzung 2 Uhr.

Die Reichstags-Commission für die Unsturzvorlage hat heute in der Verhandlung des von der Regierung beantragten die die Strafgerichtsbarkeit betreffende Vorlage folgende Beschlüsse gefaßt: (Sehr richtig! links.)

In der vorgeschlagenen Novelle ist zunächst bestimmt, daß die Strafkammer für die Strafkammer zu bestehen. Jedoch soll die Strafkammer nicht als ein unabhängiges Organ bestehen, sondern als ein Organ der Strafkammer zu bestehen, so tritt die Strafkammer als ein Organ der Strafkammer zu bestehen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Bebel (Soc.): Die vorgeschlagene Gesetzgebung ist hauptsächlich in Rücksicht auf die unabhangige Richteramtigkeit der Strafkammer zu bestehen und die Begriffe dessen, was es sich hier handelt, sollte so viel mandiger als die Vorlage der Regierung. Nach der Fassung der letzteren lautet jetzt, der von einem Richter auf die Revolution oder selbst nur eine Warnung vor demselben erfolgt, Gefahr wegen Ansehens kommen zu werden. Die vorgeschlagene Gesetzgebung mandigt Bestimmungen zum Schutze der Strafkammer und der Strafkammer. Uebrigens mandigt die vorgeschlagene Gesetzgebung rigoreus genug gegen Socialdemokraten angewendet, so unabhandigt man in Sachen des Reichstages und entgegen auf diese Seite große Zustimmung, die gar leicht einmal zu jandigen Ungehandlichkeiten fandren kandnte. Man protestire die Arbeiter jandlich und wenn es denn eine unabhandigte Ansehens sein, wolle man sie mit Rechtens bestrafen.

Abg. Spahn (Centr.) erklandigt sich Namens des Centrums fand die Beibehaltung des bestehenden Gesetzes. Der neue vorgeschlagene Absatz ist fand ihn und seine Partei freundschaftlich. (Beifall links.)

Abg. Gneccerus (nat.) Das Centrum bringe auf diese Seite die Ungehandlichkeiten und dem Gesetze kennens und bringe so die Strafkammer der Socialdemokratie. Seine Partei aber trete fand die Regierungsvorlage ein. (Beifall links.)

lassige strafrechtliche Maß hinausgehe. Absatz 2 müsse unter allen Umständen abgelehnt werden.

Nieberdingt beklagt die Stellungnahme des Centrums und wünscht die Gründe für dieselbe zu hören. Diese Stellung entspreche nicht einer großen und ersten politischen Partei. Die Regierung sei verpflichtet, mit der Thatsache zu rechnen, daß, veranlaßt durch die politische und sociale wirtschaftliche Entwicklung sich eine innere Revolution vollziehe, die zum gewaltthandigen Ausbruch fandren kandnte. Die deutschen Staatsbandrgandter handten Anspruch darauf, daß die Ordnung bei uns genau so gehandtet werde, wie in den Nachbarstaaten. Wenn die freie Schweiz und das freie England Gesetze zum Zweck dieses Schutzes habe, so sei nicht einzusehen, weshalb wir solche nicht auch in Deutschland machen sollen. Das Centrum mandge sich seine Stellungnahme nochmals iberlegen. Redner weist auf die Gefahr hin, welche große Streiks unter Einwirkung politischer Motive haben kandnten, z. B. ein Kohlenarbeiterstreik im Falle eines Krieges. Die Regierung sei vom vollsten Ernste der Situation erfandllt und wolle Vorsorge gegen alle Eventualitandten treffen.

Abg. Spahn (Centrum) verwahrt sich unter Zustimmung der Socialdemokratie gegen Gneccerus, der behauptet habe, das Centrum besorge die Geschandfte der Socialdemokratie. Seiner Partei komme es darauf an, zu verhandten, daß das Gesetz gegen eine bestimmte Partei nicht richte, wie es im § 126 der Vorlage wiederum der Fall sei. Staatssecretandr Nieberdingt bestreitet, daß der Begriff „gewaltthandiger Unsturz“ von der Justiz nicht zu definiren sei. Das Wort „gemeingefandhrlichen“ in Absatz 1 sei fortgelassen, um der Justiz die Befreiung unabhandtzlerischer Absicht zu ermandglichen, auch wenn sie sich nur gegen eine Person richte.

Abg. Munkel (frei. Vp.) erachtet Absatz 2 nicht zur Discussion geeignet; nach § 126 solle die Drohung erheblich schandrfandter bestraft werden, als wie in § 86 die versuchte That des Hochverraths. Letztere werde von den Schwurgerichten abgeurtheilt, erstere von den Strafkammern. Eine iber gemeinte Drohung und eine gut gemeinte Warnung seien schon jetzt nicht immer auseinander zu halten und es sei unerhandrt, eine bloße ungehandrige Phrase mit Zuchthaus zu bestrafen.

Abg. von Buchla (Freicons.) hofft, daß es zwischen Conservativen und Centrum doch noch zu einer Verständigung kommen werde.

Abg. Zimmermann (Anti.) ist gegen den § 126. Die bestehenden Gesetze seien vandllig ausreichend, sie mandsten nur, wie in Sachen geschehen, gegen die Socialdemokratie entsprechend angewendet werden.

Geh. Rath Lucas. Der innere Gedanke des § 126 beruhe darin, daß die Zuberandcht der Bevandlkerung in dem andffentlichen Frieden nicht straflos beeintrandtigt werden solle.

Abg. Auer (Soc.) wendet sich gegen die Regierung, Conservativen und Nationalliberalen. Wenn man die Schweiz und England als Beispiel anziehe, so mandge man doch bedenken, daß bei uns von jeher sehr viele Leute der gerandhmten Ordnung aus dem Wege gegangen sind, um in England und in der Schweiz ungehindert und ungestraft zu thun, was bei uns nicht geschehen soll. Wenn die Regierung und ihre Parteien den Muth der Consequenz handten, so mandsten sie ohne Weiteres die Vereins- und Versammlungsfreiheit, wie auch die Coalitionsfreiheit der Arbeiter beseitigen, um weniger gebildete Leute nicht in die Versuchung zu bringen, sich gegen die geplanten Strafvorschriften zu vergehen.

Abg. Gneccerus (nat.) versichert, seine Partei wolle diese Rechte und Freiheiten nicht aufheben, sondern durch das projectirte Gesetz schandtzen helfen.

Die weitere Discussion wird bis zur nandsten Sitzung vertagt, die am Mittwoch, den 20. d. M. stattfinden soll.

Locales.

Breslau, den 18. Februar 1896.

Zur Frage des Breslauer „Schiller-Theaters“.

Wir behielten uns vor, auf das Schreiben des Herrn Weidlich, daß wir in unserer Nummer vom 15. Februar abgedruckt hatten, noch mit einigen Worten einzugehen, und kommen heute auf dieses Schriftstandck zurandck.

Wenn Herr Weidlich darin die sauer-sandcke Erklärung abgibt, daß Geheimrath Felix Dahn, der exaltirte Socialistenfresser, auf sein Protectorat iber das neue Theater verzichtet hat, so ist damit die Thatsache nicht aus der Welt geschafft, daß literarische Vorbilder nach Art des Herrn Felix Dahn dem Herrn Weidlich ursprandnglich vorgeschwebt haben. Die dandnnen Wasserhuppen, die in der literarischen Randcke des Herrn Dahn gekocht worden, sind nicht fand unsere Arbeiter, und Herr Weidlich hat durch diese Wahl nicht bewiesen, daß er den Geschmack fand die krandftige Kost besitzt, die der Arbeiterstand haben muß.

In Uebrigen berandhrt Herr Weidlich in seinem Schreiben eine Anzahl Punkte, die uns herzlich gleichgandltig sind. Da das Schillertheater von persandnlichen Feinden der Directors Dr. Loewe bekandmpft, oder von persandnlichen Feinden des Stadttheaterdirectors unterstandtzt wird, kann uns nicht interessieren. Auch die Aufforderung, an den Zahlen des Weidlich'schen Etats Kritik zu iber, geht uns nichts an, obgleich es eigenthandlich ist, daß man in der Versammlung der Vereinsvorstandnde den Versuch eines Redners, die finanzielle Unmandglichkeit des Unternehmens darzutun, als nicht zur Sache gandhrig der Discussion entzogen hat. Fand uns ist allein von Interesse, ob man die Vorstellungen des Schillertheaters mit gutem Gewissen den Arbeitern empfehlen darf.

Gegenwärtig finden im Thalia-Theater bereits Vorstellungen für Arbeitervereine statt, und es handelt sich also darum, diese Vorstellungen zu Gunsten des Herrn Weidlich zu vernichten, damit das Breslauer Schillertheater andere Vorstellungen dort geben kann.

Erstens will das Schillertheater für den Parquetplatz 60 Pfennige, für den ersten Rang 85 Pfennige fordern, während gegenwärtig der theuerste Platz nur 50 Pfennige kostet. Die Arbeiter sollen also später, wenn sie nicht aus dem ersten Rang auf die Gallerie hinauffspazieren wollen, theuere Preise zahlen und sie sollen sich außerdem verpflichten, mindestens sechs Vorstellungen im Voraus zu bezahlen.

Zweitens wissen wir, daß gegenwärtig gute Vorstellungen im Thalia-Theater stattfinden, bei welchen die ersten Kräfte einer der besten deutschen Bühnen mitwirken. Das Schauspielpersonal des Stadt-Theaters enthält so gediegene Künstler, daß man stets den Volksvorstellungen großes Vertrauen entgegenbringen kann.

Drittens will Herr Weidlich sein Theater für den Mittelstand und für den Arbeiterstand errichten, und auch insofern den Volksvorstellungen ihren bisherigen Charakter rauben. Die Erklärung, die Herr Weidlich über diesen Punkt in der Zusammenkunft der Vereinsvorstände abgegeben hatte, lautete übrigens doch noch ganz anders.

Viertens — und dies ist das Entscheidende — haben wir gegenwärtig das Recht, die Stücke auszuwählen, die in den Volksvorstellungen zur Aufführung gelangen. Es wird kein arbeiterfeindliches Stück zugelassen werden. Will aber Herr Weidlich mit seinen Vereinsvorständen, die doch überwiegend Gegner unserer Bewegung sind, ein Schillertheater machen, dann schickt uns nichts davor, daß Stücke, in denen ein falscher Patriotismus sich breit macht, oder in denen die Arbeiterbewegung geradezu verspottet oder bekämpft wird, auf den Spielplan gelangen.

[Parteiversammlung.] In Gemäßheit eines Beschlusses der am 14. Februar stattgefundenen Volksversammlung fand gestern, von 11 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags, im kleinen Saale des Etablissements „Deutscher Kronprinz“ eine Parteiversammlung statt, die sich ausschließlich mit der Angelegenheit Hennig beschäftigte.

[Stadt-Theater.] Heute, Montag, geht Brülls Oper „Das goldene Kreuz“ in Scene; hierauf folgt die Alpen Scene „Das Versprechen hinterm Herd“.

Angelegenheit ein Urtheil zu sprechen, da Hennig als Parteigenosse die Pflicht gehabt hätte, im Rahmen der Parteiorganisation seine Sache vorzubringen und eine Entscheidung darüber herbeiführen zu lassen.

Die Versammlung erklärt: Der Genosse Hennig hat mit der Veröffentlichung seiner Broschüre ein Unrecht begangen, wie er das künftighin nicht mehr thun darf; die Versammlung erklärt es jedoch für Pflicht, dem Genossen Hennig, dessen Ehre durch allerlei Beschuldigungen geschädigt worden ist und der für die Partei opferwillig und ehrlich gewirkt hat, bei der Erwerbung seiner Unterhaltsmittel möglichst Hilfe zu leisten.

Der Vorsitzende Genosse Brubns constatirt sodann, daß mit der Annahme der vorstehenden Resolution die „Angelegenheit Hennig“ für die hiesigen Parteigenossen endgiltig erledigt sei und daß es jedes Parteigenossen Pflicht sein muß, dafür zu sorgen, namentlich die Einigkeit unter den Parteigenossen angefaßt der schweren Zeiten, welche uns bevorstehen, mit allen Kräften aufrecht zu erhalten.

[Gegen die Umsturzvorlage.] Die „Breslauer Dichterschule“ bereitet eine auch weiteren Kreisen zugängliche Versammlung vor, in welcher Rechtsanwalt Armer einen Vortrag über: „Die Gefahren der Umsturzvorlage für die Literatur“ halten wird.

[Volksvorstellung im Thalia-Theater.] Die nächste von der Theater-Commission für Volkstheater arrangirte Vorstellung findet Dienstag, den 26. Februar, im Thalia-Theater statt. Zur Aufführung gelangt Schillers Trauerspiel „Die Räuber“.

[Unglücksfälle.] Ein Arbeiter aus Bettlern, Kreis Breslau, kam bei der Arbeit zu Fall und zog sich einen Bruch des linken Armes zu.

[Verhaftung eines Einbrechers.] Am 15. d. Mts. Abends wurde in einer Restauration auf der Scheitnigerstraße der vielfach vorbestrafte Arbeiter Hermann Kallmann festgenommen, welcher außer anderen Einbrüchen auch den in die Wohnung einer Schneiderin auf der Scheitnigerstraße verübt hat.

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 15. d. Mts. 62 Personen. Gestohlen: aus einer Wohnung auf der Carlstraße zwei leere Kisten; einer Handelsfrau vom Ring eine Radwer.

[Gestohlen.] Gestohlen: ein schwarzseidener Damenschawl, eine Broche in Form eines Krönungssthalers, ein Portemonnaie mit 3 Mark, ein Mischtopf und ein Packer mit Wäsche.

[Gestohlen.] Gestohlen: ein Mantelkragen, ein Paar Gummischuhe, ein katholisches Gebetbuch, ein goldener Ring und ein Bierfäßchen.

Schlesien.

X. S. Siegnitz, 18. Februar. Am Freitag Abend gerieth ein Mann in der Nähe der Stegeshöhe in den mit Schnee verwehten Straßengraben, und wäre sicher den Unbilden der Witterung zum Opfer gefallen, wenn nicht ein vorübergehender Kutscher seine Hilferufe hörte und ihn aus dem Graben half.

X. S. Siegnitz, 18. Februar. Arbeiterrifics. Beim Hobeln von Leisten auf einer Hobelmaschine kam vor einigen Tagen ein Zimmermann auf einem hiesigen Bauhofe in die Messer der Hobelmaschine und zog sich den Verlust der beiden vordersten Fingerglieder einer Hand zu.

J. Vollenheim, 13 Februar. Die Lage der in der Actiengesellschaft für Schlesische Zementindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine traurige zu nennen. Es sind in dieser mechanischen Weberei insgesamt 700 Arbeiter beschäftigt und werden bei Verarbeitung von Garnen meist geringer Qualität im allgemeinen sehr niedrige Wochenlöhne verdient.

* Landhütte, 15. Februar. Vom Schachtfelde der Arbeit. In der gestrigen Nacht ist der 40 Jahre alte Häuer Paul Kratošky auf der „Hohenlohe-Grube“ (Fürstin Pauline-Schacht), Kreis Rattowitz, von herabfallender Kohle erschlagen worden.

Aus den Nachbarprovinzen.

* Posen, 17. Februar. Zwei Güterzüge stießen am Sonnabend früh auf dem Centralhof in Posen zusammen. Eine Locomotive und 8 Waggons entgleisten.

Neueste Nachrichten.

- Berlin, 17. Februar. Nach einem Telegramm des „Samb. Corresp.“ aus Berlin beabsichtigt die bayerische Gruppe der Centrumpartei in einer Stärke von etwa 26 Mitgliedern zur Tabakfabriksteuer vorlage abzusprechen.

- Die gestrige Versammlung des Vereins Zonentarif beschloß, eine Petition an den Reichstag zu richten, mit der Bitte, für die Eisenbahnen Elsaß-Lothringens einen Versuch mit dem Zonentarif zu machen.

- Die Colportagebuchhändler berufen für Dienstag eine Protestversammlung in das Hotel Alexanderplatz gegen den Antrag Groeber-Diße ein.

- Gestern hat die Constituierung des Centralverbandes deutscher Brauereien gegen Verrückterklärung stattgefunden. Die Statuten sichern den einzelnen Verbänden eine Entschädigung für den durch Boycottirung entgangenen Absatz zu und leisten Garantie, daß den Kunden boycottirter Brauereien kein Bier von Mitgliedern anderer Localverbände während der Dauer des Boycotts geliefert wird.

Wien, 17. Februar. Die Einfuhr von Rindvieh nach Oesterreich aus folgenden Gebieten ist bis auf weiteres verboten: Aus den Regierungsbegrienen Raabeburg, Merseburg, Silbesheim und Posen, aus den Kreisbauernmannschaften Leipzig und Zwickau und aus dem Herzogthum Anhalt.

Wien, 17. Febr. Auf Befehl des Bundesraths verhaftete heute die Polizei die italienischen Anarchisten Perini, Bianchi und Rajochi. Dieselben werden ebenso, wie bei früherer Gelegenheit Contrabention gegen das Alkoholmonopol verhaftete Anarchist Hoffa, ausgewiesen werden.

Wien, 17. Februar. Die bekannte, bei Wahl eine ihm angebotene Candidatur zur Kammer angenommen, was aus gefolgt wird, daß das Wahlgesetz und die Wahlen nicht mehr lange auf sich warten lassen werden.

London, 17. Februar. Hier wird von allen Seiten darauf gedrungen, eine schnelle Verständigung mit der deutschen Regierung wegen der Sprengung des Wracks oder wenigstens der Masten der „Elbe“ herbeizuführen. Das Schiff liegt nur nebzehn Faden unter Wasser. Die aus dem Wasserpiegel hervorragenden Masten bilden eine schwere Gefahr für die gesammte Schifffahrt.

Washington, 16. Februar. Der Finanzausschuß des Senats hat sich günstig über die vom Repräsentantenhaus genehmigte Bill, betreffend den Differenzialzoll auf Zucker, ausgesprochen. Abriß bekämpfte die Bill und führte aus, es wäre nicht klug, Deutschland Zugeständnisse zu machen.

Vereine und Versammlungen.

Behufs Gründung eines Schiller-Theaters fand am Sonntag, den 17. Februar, Vormittags 11 Uhr, in „Liedlichs Etablissement“ auf der Gartenstraße eine von dem Schauspieler Herrn Max Weidlich einberufene Versammlung von Theaterinteressenten statt. Dieselbe war nur mäßig besucht. Herr Rechtsanwalt und Stadtrordener Feige wurde zum Vorsitzenden und die Herren Professor Koch, Rektor Hoffmann und Sekretär Steuer zu Beisitzern gewählt. Herr Weidlich theilte den Anwesenden mit, indem er ihnen den Zweck der Versammlung bekannt gab, daß er den heute zu behandelnden Gegenstand: Gründung eines Volkstheaters bereits in einer Vorversammlung besprochen habe, daß es ihm aber bei dieser Frage weder die eine, nor einem größeren Auditorium in dieser Sache zu sprechen. Die Frage, ob hier ein Bedürfnis zur Gründung eines Volkstheaters vorliege, glaubt Herr Weidlich entschieden bejahen zu können. Einmal würden es die hohen Eintrittspreise am Stadttheater, die die Massen vom Theaterbuche fern hielten, und andererseits erweise es sich nicht als eine Bildungsstätte, wie es sein sollte. Die Kost, die dem Publikum auf einer Bühne geboten werde, müsse eine gute und allen Gesellschaftsklassen zugänglich sein. Das sei aber in Breslau nicht der Fall. Es gäbe eine Reihe von Dichtern, deren Werke dem großen Publikum noch unbekannt seien, die aber ihm nicht vorenthalten werden dürften. Wie stünde es aber um die Verbreitung unserer literarischen Schätze? Nur der wohlhabenden Klasse sei es möglich, den hiesigen Kunsttempel aufzusuchen, die Minderbegüterten müßten aus ökonomischen Gründen davon Abstand nehmen. Nun würden allerdings in neuester Zeit vom Director des Stadttheaters Volksvorstellungen zu billigen Preisen veranstaltet, aber diese Vorstellungen genügen nicht, die Literatur in der notwendigen Weise zu pflegen, da sie sich nicht täglich wiederholten, sondern nur von Zeit zu Zeit abgehalten würden. Es stünde ganz im Willen des Directors, sie wieder aufzuheben. Das Behreben des Humboldt-Vereins, Bildung durch Volksvorstellungen im Volke zu verbreiten, sei zwar loblich, aber die Beschränkung, daß der Besucher erst die Bedürftigkeit nachzuweisen habe, sei ebenso als unzulässig zu bezeichnen.

Das zu schaffende Schillertheater soll allen Volksklassen täglich zu demselben billigen Preise ohne irgend welche Beschränkung geöffnet sein. Ohne Rücksicht auf die Concessionen

oder Parteistellung. Durch hinreichende Abonnements könne das Project gesichert werden.

Er (Weidlich) habe nach dieser Richtung den Vereinen, an welche er sich gewandt, die günstigsten Bedingungen gestellt, und er habe die Freude, daß schon viele Vereine sich dem Unternehmen entgegenkommend zeigten. Die Abonnementsbedingungen sind derartig, daß schon auf sechs Vorstellungen resp. sechs Billets abnommt werden kann, die an jedem beliebigen Abend verwendet werden können. Die Preise der Plätze sind: 1. Rang 75 Pfg., ein Parquet-Billet 50 Pfg., 2. Rang 30 Pfg. und ein Galleriebillet werden im Vorverkauf schon für 10 Pfg. zu haben sein. Dazu trete ein obligatorisches Garderobengeld von 10 Pfg. So billig die Eintrittsbillets, werden auch die Preise im Theater-Restaurant sein, ein Glas Bier 10 Pfg., eine belegte Schnitte 10 Pfg. Seitens der Gerner des Unternehmens werde behauptet, daß durch Bildung des Schillertheaters die Existenz des Stadttheaters bedroht sei. Diese Besürchtung sei eine überflüssige; das Stadttheater habe ohne Theater bestanden und werde auch weiter ohne dasselbe bestehen. Der Besitzer desselben, Banquier Heumann, habe es ihm zum Kauf angeboten, und wenn er es kaufte, so sei dies doch seine Sache.

Es handle sich auch gar nicht um die Entziehung des Theaterbühners, sondern darum, daß Director Voewe keine Konkurrenz haben wolle. Ihm (Weidlich) werde vorgehalten, daß es ihm nur um eine einträgliche Directorstelle zu thun sei. Er könne aber nur sagen, daß er eine solche ohne große Mühe anderswo erreichen könnte, wenn er nur wollte. Es werde ferner von den Gegnern die künstlerischen Leistungen, die das Schiller-Theater bieten könnte, angezweifelt. Das wolle er klarstellen. Die Gagen, die er für die ersten Kräfte zahlen würde, würden etwa zwischen 4-700 Mk. pro Monat schwanken. Mehr aber zahlte das hiesige Stadttheater auch nicht, und das auch erst nach mehrjährigem Engagement. Der Musikstab sei überdies nicht an Einzellösungen anzulegen, sondern gute Leistungen seien am besten durch gute Schülung des Ensemble zu erreichen.

Dem künstlerischen Betrachter des Schiller-Theaters, der aus literarischen Gesichtspunkten bestünde, könne man schon Vertrauen entgegenbringen. Die Socialdemokraten wären Gegner des neuen Theaters, weil Weidlich davon mitwirken sollte. Diesen Einwand können sie jetzt nicht mehr erheben, weil Dahn, ein viel zu vornehmender Mann, ihn selbst erhebt, von seiner Wirkung abzusehen, welchem Gründe er nach gekommen sei. In Betreff der socialdemokratischen Partei erwähnte Herr Weidlich noch, daß er gern hätte für opportun halte, die Leute immer darauf aufmerksam zu machen, daß sie ein besonderer Stand sind. Kunst und Wissenbau müssen Allen in gleicher Weise zugänglich sein! Herr Weidlich fordert die Anwesenden schließlich auf, für das volkshumliche Unternehmen zu agitiren, damit die nöthige Abonnentenzahl erzielt werden kann, und verließ einen Anruf, den er die Versammlung zu genehmigen bzw. zu unterschreiben erzielte. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

„Die Unterzeichnerten haben die Ueberzeugung, daß die Theater in Breslau, die hohe Culturangelegenheit, die sie erfüllen sollten, unvollkommen seien. Der Hauptfehler liegt in den Eintrittspreisen, die nicht nur hier in Breslau, viel

zu hohe sind, um den breiten Massen der Unbegüterten aller Stände den Theaterbesuch in wünschenswerther Weise zu ermöglichen. Wir begrüßen daher das Vorhaben, hier in Breslau ein Volkstheater zu gründen, bei welchem die Uebelstände vermieden werden sollen, mit aller Sympathie und richten an alle Freunde des Volkes und der Kunst die Bitte: sich mit uns zu vereinen zur Verwirklichung des Unternehmens. Der Name, der für das Theater in Aussicht genommen ist, soll ein Programm bedeuten. Im edlen Geiste unseres Schillers soll es eine moralische Bildungsaufstakt sein, deren künstlerische und materielle Interessen von Männern überwacht werden, die auf das Vertrauen der Bürgerschaft Anspruch machen dürfen. Jeder, ohne Unterschied der Confession oder Partei, der uns bei diesem Werke seine ideale oder materielle Unterstützung leisten will, soll uns willkommen sein. Wir richten daher diesen Anruf an alle Kreise der Bürgerschaft! Möge er der guten Sache Freunde erwerben! Ehe zur Abstimmung der Resolution geschritten wurde, stieß der Vorsitzende den Vortrag des Herrn Weidlich zur Diskussion. Als Erster sprach Drechsler Skowronnek. Derselbe erklärte, daß die Socialdemokraten keine prinzipiellen Gegner des zu gründenden Theaters seien, daß aber doch verschiedene Bedenken ausgesprochen werden müssen. Es läge vor allem keine Garantie für das Gelingen des Werkes vor, außerdem sei anzunehmen, daß wie in Berlin am Schiller-Theater, auch hier nationale Tendenzstücke gegeben würden, um den Patriotismus mehr zu pflegen. Der Director Voewe sei den Arbeitern in der zuvorkommendsten Weise entgegen gekommen. Nach dem Bericht hiesiger Zeitungen sollte ja das Unternehmen für den gebildeten Mittelstand dienen. Dazu könnten die Arbeiter sich nicht rechnen. Skowronnek wird in seiner Rede von der Versammlung durch Zurufe unterbrochen, worüber er sein Erstaunen ausdrückte. Der Vorsitzende ersuchte die Herren, sich aller Zwischenrufe zu enthalten. Herr Schneidermeister Müller (Hirsch-Dumcker) erklärte sich mit Begeisterung für das Theater; er wundere sich, daß die Socialdemokraten sich an dem Unternehmen nicht betheiligen wollten, andererseits hält er es nicht gerade für nöthig, daß man sich ihrer wegen aufregt. Professor Koch und Rektor Hoffmann plaidiren in warmen Worten für das neue Kunstinstitut. Die gute Litteratur, hebt Ersterer hervor, sei hier leider nur den Wohlhabenden zugänglich, darum wäre das Schillertheater als eine neue Bildungsstätte nur mit Freunden zu begrüßen. Er (Professor Koch) habe es nicht gern gesehen, daß man Herrn Skowronnek unterbrochen habe, durch die neue Bildungspfanzstätte sollen die socialen Gegensätze möglichst überbrückt und nicht erweitert werden. Daß das Volk ausgeschlossen war von dem Genuß einer guten Litteratur, sei ein großer Uebelstand, dem jetzt abgeholfen werden solle. — Herr Weidlich erwidert Herrn Skowronnek, daß er die Socialdemokraten nicht angegriffen habe und auch nicht angreifen wolle. Hinsichtlich der Besürchtung, es könnten nur Tendenzstücke aufgeführt werden, erkläre er, daß diese nach jeder Richtung ausgeschlossen seien. Herr Reichel stellt die ablehnende Haltung der Socialdemokraten als bloße Negation dar, wie sie ja alles zu negiren suchten. Der Vorsitzende läßt dann über den Anruf abstimmen, der mit Majorität angenommen wird.

Stadt-Theater.
Montag:
„Das goldene Kreuz“.
„Das Besprechen hinterm Heerd“
Dienstag:
„Der König hat's gesagt“

Lobe-Theater.
Montag:
Zum 3. Male:
„Salsi“ — „Die stille Nacht“

Victoria-Theater
(Gartenbühne)
Täglich:
Specialitäten - Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Musik-Instrumente.
Alle Klav., Streich- u. Schlag-Instrumente, Spielböden zum Drehen u. selbst spielend, Musik-Automaten fertigt
K. Cohn, Kupferstraße 17.

Arac, Rum, Cognac
K. Fuchs u. Glühwein-Extracte,
Banane, Kessels, Burgunder,
Seltz-Wein u. Sekt,
U. Original- und Tafel-Liquore
Handwerker-Hofbräuerei,
271 Handwerker-Str.,
Gartenstraße, Cognac u.
„Stroh“.

Hermann Seidel.
BRESLAU, Ring 27.
Telephon No. 1.
Bekanntlich: Im Hofbau im
Garten, im Grapen im Hof

Sociald. Verein für Breslau u. Umg.
Donnerstag, den 21. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr:
Vorstandssitzung.

Etablissement
„Deutscher Kronprinz“
Kurzegaß 50.52, 3498
empfehle seinen jähren großen Saal einem hochgeehrten Publikum Vereinen u. zur Abhaltung aller feierl. der größten Feiern, zu sehr hohen Behagungen, beschließen dem Herrerre gelegenen kleinen Saal an 200-300 Personen bequem fassend, nebst gutem Restaurant ohne jede Mißliche oder Goshchreckung. Gültige, verzügliche Anmeldungen beizeln übernehmen.
A. Schubert.

Herrn- u. Frauen-Garderobe aller Art
mit modernsten
General - Krank
Garant bei jeder
mit sehr geräumigen
mit der Arbeiter einen
unabhängigen
Angelegenheiten
Schneidermeister Satz, Berlin
Besser und billiger wie überall, zu haben in Breslau bei
V. Liepelt,
Confections-Hand „Solidarität“, 3391
Nr. 63a, Nicolai-Strasse Nr. 63a,
Eck Neze Weltgeß.

Herren- u. Frauen-Garderobe aller Art
mit modernsten
General - Krank
Garant bei jeder
mit sehr geräumigen
mit der Arbeiter einen
unabhängigen
Angelegenheiten
Schneidermeister Satz, Berlin
Besser und billiger wie überall, zu haben in Breslau bei
V. Liepelt,
Confections-Hand „Solidarität“, 3391
Nr. 63a, Nicolai-Strasse Nr. 63a,
Eck Neze Weltgeß.

Um Irrthum zu vermeiden, bitte ich zu beachten, daß sich mein
Sarg-Magazin nur
Gräbschenerstrasse 40
neben der Solci-Apothek befindet.
Empfehle mein großes Lager von Särgen zu billigsten Preisen.
Th. Muszynski,
Tischlermeister.

5 Pf. Sumatra-Cigarren
Sumatra-Deckblatt und Carmen-Ümblatt
praktische Qualitäten, vorzüglich im Brand u. Geschmack
100 Stk. 2 Mt., 250 Mt., 3 Mt. bis 5 Mt.
empfehle gegen Nachahmer 3188
Cigarrenfabrik E. Lampe vorm. A. Kirchner
Fabrik und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Odertorbahnhof.
Filialen: Schrotgasse 1, Gummerc 35, Friedrich-Wilhelmstraße 4,
Alsterstraße 28a, Schmiedebühl 47.
Geschmitten und ungeschmitten amerikanische Rippen offerire billigst.

Die
Allgemeine
Arbeitslosigkeit
ihre
Ursachen u. Beseitigung
von C. O. Schmidt.
Preis 20 Pfg.
Vorständig in der Expedition d. Bl.

Die Sozialdemokratie
und das
Allgemeine Stimmrecht
mit besonderer Berücksichtigung des
Frauen-Stimmrechts
und
Proportional-Wahlsystems
von August Bebel.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch alle Colportage.

Neue Heringe
Ring 46, im Hofe. 3411
Polster-Werg,
Kohlfaser, Agara, Indafaser, Akora,
gras, Seegras, Federn, Möbelschm,
Gurte, Bindfäden, Stränge, Seile,
Wäscheleinen, Hängematte, Netz,
Läshen empfiehlt billigst 3378

Jul. Moritz, Meister.
44, Kupferschmiede-Str. 44.
Vereins-Kalender.
Breslau.
Dienstag, den 18. Februar:
Kranken - Unterstützung
Sop: der Schneiders Denuß
Lenda. (G. H. Dammshewig). Abds.
3 Uhr: Kasse abend im Garten
zum roten Löwen, Kupferschmiede-
straße 21. Gäste willkommen
Aufnahme neuer Mitglieder.
Sängerverein der Stri
negen. Abds. 7 1/2 Uhr: Uebungs-
kunde unter tätigen Dirigent
n Jodels Satz keine Grschengasse